Bozialdemokratischer Pressedienst

Berausgeber und Chofrebalteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Jemprecher: Aust Doutoff 4196/4198



Minjdriff für Borlog und Schriftleitung: Berlin SIB 61, Belle-Alflance-Plat & Drahlanschrift: Sopablens

Die herstellung erfolgt im Gelbftverlag. Der Albered Ift nur auf Comb befundener Bereinbanung gestaltet, Allubigung beiberfelte 4 Boche vor bem Anartatorfon, wann nicht anderes vereinbart ift. Geftillungstat für beibe Luie ift Borte

Berlin, den 22 Januar 1932.

Int. Ins.ltuut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Verbietet den Hungerkrieg!

Lin Beitrag zur Abrüstungskonferenz.

SPD. Die grosse Welt-Abrüstungskonferenz soll sich u.a. auch mit der Frage des Verbots des chemischen und bakteriologischen Krieges befassen. Diese, durch die moderne Technik vervollkommeten Kriegsmethoden bedrohen auch die Zivilbevölkerung, Frauen, Kinder, Greise und Warfenunfähige. Von dem barbarischen Kriegsmittel aber, das dem chemischen und bakteriologischen Krieg in nichts nachsteht, nämlich der Hungerblockade, scheint man auf der Abrüstungskonferenz nicht sprechen zu wollen. Aber den Hungerkrieg darf man nicht übergehen: hat man doch in Deutschland während des Weltkrieges über die Hungerblockade die entsetzlichsten erfahrungen gesammelt. Diese Erfahrungen müssen jetzt bei der Abrüstungskonferenz verwertet werden, um allen Nationen die Schrecken zu ersparen, die Deutschland während des Hungerkrieges durchgemacht hat. Auch der Hungerkrieg muss in Acht und Bann getan werden.

Die Welt hat anscheinend vollkommen vergessen, welche Leiden das deutsche Volk unter der Hungerblockade durchgemacht hat, die ihr Ende nicht mit dem Waffenstillstand fand, sondern darüber hinaus bis zum 28. Juni 1929 dauerte. Die Geschütze schwiegen, aber der Hungerkrieg wurde gegen die deutsche Zivilbevölkerung noch über ein halbes Jahr fortgesetzt. Wir in Deutschland besitzen über die Auswirkungen des Hungerkrieges ein sehr reiches und sehr trauriges Material. Heute, am Vorabend der Abrüstungskonferenz, ist es ander Zeit, der Menschheit die Ergebnisse der Untersuchungen nochmals vor Augen zu führen.

Der Hungerkrieg gegen Deutschland nat 800 000 Menschen der deutschen Zievilbevölkerung getötet, sei es direkt durch Entziehung der Nahrung, sei es durch Untergrabung der Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten. Allein die täglichen Todesfälle durch die Hungerblockade während des Waffenstillstandes werden auf 800 pro Tag geschätzt. Kisskalt rechnete aus: Hätte sich Deutschland einen weiteren Monat geweigert, die harten Friedensbedingungen auf sich zu nehmen, so hätte dies monatlich 24 000 weitere Todesfälle an Hunger zur Folge gehabt. Dies insbesondere auch zur Kenntnisnahme Jener Unbelehrbaren, die noch immer vom "Dolchstoss" phantasieren! Seit dem Jahre 1916 musste die bevölkerun ein wichtiges Nahrungsmittel nach dem anderen entbehren oder erhielt es nur in ungenügenden Quantitäten. Die Fleischversorgung sank auf die Hälfte pis ein Drittel des rriedenskonsums. Fleisch, Eier, Milch und Butter entfielen meist ohne Ersatz, die Kartoffel wurde durch die minderwertige Kohlrübe ersetzt. Die Wirkungen auf die Volksgesundheit waren: Ansteigen der Sterblichkeit, Hungerödem, Ausbreitung der Tuberkulose, der Krankheiten der Atmungsorgane gund der Magen- und Darmkrankheiten. Entsetzlich waren die Zustände in geschlossenen Anstalten (in Altersheimen, Siechenhäusern, Gefängnissen usw.). Die Berichte mancher Anstaltsärzte klangen verzweifelt, wenn sie den Hunger der Ensassen schilderten, die weggeworfene Kohlstrünke und allerlei Unverdauliches zu verschlingen suchten, um nur die Hungerqual zu stillen. Der von einem Siechenhaus eingeforderte Bericht Lautete Lakonisch: "Die Insassen sind alle

gestorben ..! (Rubner). In der Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein starben in einem Jahre von 800 Insassen 474. Totenschein: "Herzmuskelentartung": Sektion: völliger Fettmangel - "verhungert" durfte nicht auf den Totenschein geschrieben werden. (Kisskalt). Der Nahrungsmittelmangel war so gross. dass' in manchen Städten, z.B. in Leipzig, der durchschnittliche Körpergewichts verlust 20 bis 25 Prozent betrug. "Im Ausseren, an den schlotternden Kleidern, an Hautfarbe, Miene und Ausdruck sah man die Spuren des körperlichen Zusammenbruchs. Schlaffheit, Müdigkeit nach mässigen Anstrengungen gehörte zur Regel; die Klagen uber die reizlose Kost, über das unerträgliche Einerlei wurden über all laut, und Magen-, aber noch mehr Darmkrankheiten, darunter viele Todesfälle, kamen zur Beobachtung", schreibt Rubner. Die Empfänglichkeit von Infektionskrankheiten nahm zu, die Widerstandskraft gegen Fieber und zehrende Krank helten nahm ab. Viele Operationen mit günstiger Prognose endeten wegen der Entkräftung der Patienten tödlich. Alte, längst als ausgeheilt geltende Tuberkuloseherde lebten wieder auf. Die Tuberkulose nahm wegen Mangels an Fleisch und Milch einen schweren verlauf. Von einer Krankendiät konnte man kaum mehr sprechen. Selbst in dringenden Fällen konate keine Hilfe gebracht werden. Zum Sterben brauchte man nicht erst den Hungertyphus: bei der allgemeinen Hinfälligkeit und Schwäche und bei der Zermürbung des ganzen Organismus genügte irgend eine beliebige Krankheit. (Rubner).

Furchtbar waren die Wirkungen auf die Kinder. Wenn allerdings viele Kinde die Hungerperiode überraschend gut überstanden, so war das darauf zurückzuführen, dass die Eltern zu Gunsten der Kinder hungerten. Infolge der unzureichend Ernährung wurde die Milch stillender Frauen unzulänglich, Kuhmilch war fast nicht zu haben. Die Folge war grese Sterblichkeit der Säuglinge. Die Tuberkulose trat bei Kindern in besonders bösartiger Form auf, daneben Rachitis und Anämien. In Liegnitz waren die Schulanfänger zu 50 Prozent unterernährt, in Kiel wurden im Jahre 1918 unter 36 000 Schulkindern 1500 Fälle von ausgesproch ner Skrofulose gezählt. Wie die Widerstandsfähigkeit der Schulkinder litt, das zeigte die gesteigerte Hinfälligkeit gegen Grippe. Zu Tausenden wurden die Kinder von der Grippe ergriffen, ein Teil starb. Infolge der eintönigen Gemüsekos wurden die Kinder von Darmschmarotzern (Band- und Spulwürmern) geplagt. Dazu kamen mangelhafte Kleider und durchlässige Schuhe, stundenlanges Anstehen in

frühesten Morgenstunden nach Kohle und Lebensmitteln.

Die Statistiken redeten folgende Sprache: Im Jahre 1917 nahm die Zahl der Stenbefälle in der Zivilbevölkerung um etwa 32 Prozent und im Jahre 1918 sogar um 37 Prozent gegenüber dem Friedensjahr 1913 zu. Nachsorgfältiger Berechnung ergab sich für die Jahre 1915 bis Ende 1918 insgesamt eine Zahl von 763 000 Todesopfern der Hungerblockade. Bis Juni 1919 waren also die 800 000 Toten ergeicht. Im Jahre 1917 wurde in den Altersklassen der Kinder von ein bis fünf Jahren ein Mehr von rund der Hälfte, im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren sogar ein Mehr von 55 Prozent an Todesfällen gegenüber 1913 verzeichnet. Bei den Frauen von 15 bis 30 Jahren ergab sich eine Zunahme der Todesfälle um rund 45 Prozent. Allein im Jahre 1917 sind uber 50 000 Kinder im Alter von ein bis fünfzehn Jahren und 15 000 Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 30 Jahren durch die Blockade dahingerafft worden. Bei den mehr als 60 jährigen Männern und Frauen führte im Jahre-1917 der Hungerkrieg in rund 127 000 Fällen zum vorzeitigen Tode.

Die Hungerblockade war eine Hölle für das deutsche Volk! Die deutschen Regierungsvertreter auf der Abrüstungskonferenz sind es den 800 000 Todesopfern der Aushungerung Deutschlands im Weltkriege schuldig, dass sie auf der Konferenz eine Aktion einleiten, durch die für die Zukunft eine Hungerblockade durch Uebei einkunft der Nationen als Kulturschade in Acht und Bann getan wird. Vor allem aber darf es sich nicht mehr wiederholen, dass, während die Geschütze schweigen und die Verhandlungen über den Frieden im Gange sind, Tag für Tag weiter Frauen und Kinder dem fortgesetzten Hungerkrieg zum Opfer fallen. Diese Forderung ist nicht nur von den Staatsmännern, sondern von allen Menschen, die sich das ursprüngliche Gefühl für Menschlichkeit bewahrt naben, zu vertreten! Die Hungerblockade muss durch die Abrüstungskonferenz geächtet werden; im Interesse der ganzen Menschheit.

:

SPD. Wilhelmshaven, 22.Jan. (Eig.Draht)

In einer Kundgebung des sozialistischen Jugendkartells und anschliessend in einer machtvollen, überfüllten <u>Massenversammlung der "Eisernen Front"</u> spracin Wilhelmshaven-Rüstringen Reichstagspräsident Paul <u>Löbe</u> über das Thema:

"Das Entscheidungsjahr 1932".

Löbe behandelte in seinem Referat die an den Verlauf des Jahres 1932 insbesondere von den Nationalsozialistengeknüpften Erwartungen und gab dabei untersbegeisterter Zustimmung die Versicherung ab, dass auch in diesem Jahre das sagenhafte Dritte Reich nicht erstehen werde. Ferner machte Löbe Mitteilung davon, dass die Sozialdemokratie dem Arbeitsminister demnächst einen Plan unterbreiten werde, der es ermögliche, durch Vergebung öffentlicher Arbeiten eine Million Erwerbsloser wieder in Arbeit zu bringen. Die Finanzierung dieses Projekts, das eine wesentliche Einsparung an Unterstützungsgeldern mit sich bringe, sei als sicher zu betrachten.

SPD. Der Rechtsausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag und Freitag mit dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf vom Oktober vorigen Jahres, durch den die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern sowie den standesherrlichen Familien neu geregelt werden soll. Der sozialdemokratische Antrader vom Plenum des Geichstags dem Rechtsausschuss überwiesen worden war, fordert die Ermächtigung der Länderregierungen, alle jetzt noch laufenden Leistungen an die Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien einzustellen und die Ermächtigung, die Fürstenabfindung unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichen Notlage neu zu regeln.

Am ersten Sitzungstage versuchten die Vertreter der Rechten, besonders der bekannte Fürstenanwalt, Abgeordneter Everling (Dnat), die Generaldebatte zu verhindern. Diesen Obstruktionsversuchen traten die Abgeordneten Wagner und Seger (Soz) scharf entgegen. Zur Begründung führte abg. Wagner (Soz) aus, dass es ganz unmöglich sei, bei den zahlreichen Eingriffen in die Einkommensverhältnisse der weitesten Kreise der Bevölkerung ausgerechnet die Fürsten ausznehmen. Es werde inder Bevölkerung angesichts der Opfer, die man ihr auferlegt habe, nicht verstanden, dass man gerade vor diesem Kreise Halt mache. Die juristischen Argumente, die etwa gegen den Gesetzentwurf unter Hinweis auf bestehende Verträge und rechtskräftige Urteile gemacht werden könnten, entkräftete Wagner durch die Geststellung, dass das in zahlreichen anderen Fällen in der gegenwärtigen Zeit der Not schon geschehen sei.

In mehrmaligen Reden wurde der sozialdemokratische Antrag besonders heftig bekämpft durch den Abg. Everling (Dnat). Er behauptete, dass die Fürsten auch an der allgemeinen Notlage teilnähmen; er sehe in dem Antrag einen Appell an Neid und Hass, ausserdem bedeute der Antrag in mehreren Punkten eine Verletzung der Verfassung. Er bedeute die Aufhebung der Eigentumsforderung, Eingriffe in schwebende Verfahren, entziehe die Fürsten dem ordentlicher Richter. und stelle einen unitarischen Uebergriff in die Hechte der Länder dar.

Abg. Seger-Dessau (Soz) erklärte, dass man nach der Rede des deutschnatic nalen Vertreters sich fast versucht fühlen könne, die Fürsten in die Winterhilfe einzubeziehen. In Wirklichkeit bestünde in vielen Ländern das Bedürfnis die Fürstenabfindung neu zu regeln. Der Redner verwies auf die Degründung des im preussischen Landtag behandelten Antrags der Deutschen Staatspartei, in der gesagt ist, dass die Auseinandersetzung zwischen Preussen und Hohenzollern vom Jahre 1926 unter ganz anderen finanziellen Voraussetzungen abgeschlossen worden sei als sie heute bestünden. Seger machte sich diese Begründung des demokratischen Antrags zu eigen und wies zur Bekräftigung daraufhin, dass an dem Antrag der Preussischen Staatspartei auf Revision der Fürstenabfindung derselbe preussische ehemalige Finanzminister Hoepker-Aschoff

mitgearbeitet habe, der auch ander Auseinandersetzung zwischen Preussen und den Hohenzollern beteiligt war. Ein Beweis dafür, wie unzweifelhaft die Revisionsbedürftigkeit der Fürstenabfindung sei. Nach dem Vortrag tatsächlichen Materials über neuerliche Urteile zugunsten der Fürsten in Schwarzburg-Sondershausen, Mecklenburg-Strelitz und Altenburg erklärte Seger, dass der sozialdemokratische Antrag die politische Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens in Sachen Fürstenabfindung sei und bat um die Annahme des Gesetzentwurfs.

Besonders wirkungsvoll unterstützt wurde der Gesetzentwurf weiter durch den Abg. Landsberg (Soz). Es sei unverständlich, dass gegen den gesunden Grundgedanken dieses Antrags kleinliche Linwände erhoben wurden. In einer Zeit in der man sogar den Arbeitern zumute, auf zuviel gezahlte Lohnsteuern zu verzichten, sollten ausgerechnet Verträge und Kenten der Fürsten keiner Revision unterzogen werden können? Das sei ein unhaltbarer Standpunkt; er bedaure, dass es überhaupt erst eines sozialdemokratischen Antrages bedurft hätte, um diese Frage zur Erörterung zu bringen.

Selbst für das Zentrum erklärte Abg. Schetter, dass ihm auch schon in öffentlichen Versammlungen die Frage gestellt worden sei, wie es um die Sache der Fürstenabfindung im Reichstag stünde. Er bejahe das Bedürfnis, sich auf Grund des von der Regierung zu erwartenden Materials vonder gegenwärtigen Lage und den Möglichkeiten einer Revision ein Bild zu machen.

Die Kommunisten mussten natürlich wieder eine Extratour machen und stellten den verfassungsmässig gar nicht durchführbaren Antrag, die Länder zur Neuregelung der Fürstenabfindungen zu verpflichten (der sozialdemokratische Antrag spricht selbstverständlich nur von einer Ermächtigung an die Länder), da es Sache der Fraktion und des Landtages ist, nacheiner etwaigen Annahme des von unserer Partei vorgeschlagenen Reichsgesetzes die Fürstenabfindungsfrage neu zur Debatte zu stellen.

Der Ausschuss vertagte schliesslich die Einzelberatung bis Anfang Februar und zwar mit der ausdrücklichen Forderung an die Regierung, das Material beschleunigt zu beschaffen.

SPD. Magdeburg, 22.Januar (Eig.Drahtti.)
Eine von den Nationalsozialisten in Gross-Ammensleben bei Magdeburg einberufene öffentliche Versammlung endete mit einer schweren Schlägerei.

Die Nazis hatten zu der Kundgebung jeden ortsansässigen Arbeiter eingeladen. Ein grosser Teil der Arbeiter war der Einladung gefolgt. Die Versammlung begann mit einer Rede eines Nationalsozialisten. Anschliessend folgte eine Diskussion. Vorher war zwischen dem sozialdemokratischen Diskussionsredner und dem Vorsitzenden vereinbart worden, unbedingt beruhigend auf die Versammlungsbesucher einzuwirken. Das geschah auch. Um aber doch einen vor- wand zu haben, den anwesenden Sozialdemokraten einmal eine Lektion zu erte len, wurden die Nazianhänger auf andere Weise aufgeputscht. Mitten im Schlasswort des Referenten unterbrach plötzlich der Versammlungsleiter die Rede und teilte folgende unwahre Behauptung mit: "Achtung! Ich bekomme soeben telegraphisch Nachricht, dass in Magdeburg vor dem Gebäude der "Volksstimme" vor wenigen Minuten ein SA-Mann erschossen worden ist. Ich bitte, sich zu Ehren des Toten von den Plätzen zu erheben." Obwohl das Schwindel war, verfehlte die Mitteilung nicht ihre Wirkung. Bald war die nötige blutrünstige Stimmung geschaffen. Unmittelbar danach drang durch eine im Rücken der Versammlungsbesucher befindliche, zu Beginn der Veranstaltung verschlossene, Tür ein mit Schlagwaffen ausgerüsteter Trupp Magdeburger Nationals ozialisten in den Saal. Die Landjägerei bemühte sich, die Nazis zurückzuhalten. Sie tauchten dennoch sofort in der aufgeregt gewordenen Menge unter und im gleichen Augenblick aufge sausten Stühle und Biergläser durch den Saal. Bei dem Tumult ging das gesamte Mobiliar des Saales zu pruch. Den Rest des Mobiliars zerschlugen die

Magdeburger Nazis, als die Versammlung bereits geschlossen war.

Es ist festgestellt worden, dass die zum Schluss der Versammlung in den Saal eingedrungenen, mit Schlagwerkzeugen bewaffneten Nezis sich während der Versammlung an einer Stelle versteckt gehalten naben, von der aus sie den Verlauf der Versammlung genau beobachten konnten. Als der Referent die letzte Sätze sprach und alles in grösster Ruhe abzugehen schien, drangen die Nazis in den Saal, um die Saalschlacht in Gang zu bringen. Zahlreiche Arbeiter, die durch die Hinterlist der Nazis völlig überrascht waren, erlitten Verletzunger

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde am Freitag die zweite Lo

sung des Pensionskürzungsgesetzes zu Ende geführt.

Der Beschluss erster Lesung, dass es Pensionen über 12 000 Mark künftigenicht geben soll, wurde aufrecht erhalten. Die Deutschnationalenwollten keine Höchstgrenze. Ihr Antrag wurde jedoch abgelehnt. Auch der Zentrumsantrag fand keine Mehrheit, wonach die Pensionen über 12 000 Mark staffelweise gekürzt werden sollen. Die Höchstgrenze von 12 000 Mark soll auch gelten für Länder- und Gemeindebeamte. Auch höhere Pensionsbezüge aufgrund eines besonderen Diens vertrags sollen ausgeschlossen sein. Ebenso werden die Peichsbank und die Reichsbahn in die neue Regelung einbezogen. Bezüglich der Wartestandsbeamten, deren pensionsberechtigte Dienstzeit lebhaft umstritten war, wurde beschlossen dass die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes im Wartestand verbrachte Zeit zur Hälfte als pensionsberechtigte Dienstzeit angerechnet werden soll.

Weber die Aussichten des Gesetzes im Plenum, wo zu seiner Annahme die Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, lässt sich nach dem verlauf der Ausschus beratungen nichts voraussagen. Das Schicksal des Gesetzes wird vor allem davon abhängen, ob die Nazis an ihrem Widerstand gegen die Kürzung der grossen

Pensionen festhalten.

, .)

In Limburg wurde kürzlich der Geschäftsführer der Barmer Ersatzkasse, der 8 000 Mark unterschlagen hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nunmehr ist auch der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Dr. Krebs, der seit vielen Jahren die evangelische Kirchenkasse geführt hat, der Veruntreuung von 30 000 Mark überführt worden.

sammlungen im ganzen Reiche den Widerstandswillen der Republikaner aufrüttelt, wird in den nächsten Wochen ihre Tätigkeit noch verstärken. Sie marschiert in drei Kolonnen auf: den Reichsbannerformationen, den Arbeitersportlern und den gewerkschaftlichen Hammerschaften, das sind Organisationen der Gewerkschafter in den Betrieben im Rahmen der Eisernen Froht. Diese drei Kolonnen sind untrennbar verbunden in dem Willen, die demokratische Verfassung, das Recht und die Freiheit der Arbeiterschaft und die des ganzen Volkes zu schätzen, gegen alle faschistischen Anschläge.

Der Bundesrat des Reichsbanners wird am 30. Januar zu einer feierlichen Sitzung in Berlin zusammentreten, um die Konstitution der Eisernen Front zu

beschliessen.

Vom 31. Januar bis zum 7. Februar wird unter dem Namen "Rüstwoche der Eiser nen Front" das ganze freiheitlich denkende Volk aufgerufen werden, sich für die Republik und für die Eiserne Front zu bekennen. In dieser Woche werden überall Sammelstellen errichtet werden. Diese Sammelstellen werden den Namen

"Rüstkammern der Eisernen Front" führen. Sie werden in stärkstem Masse öffentlich kenntlich gemacht werden. In diesen "Rüstkammern der Eisernen Front" werden sogenannte eiserne Bücher ausliegen. Jeder, der sich zur Eisernen Front bekennt. jeder, der von dem entschlossenen Willen beseelt ist, alle faschistischen Anschläge zu verhindern, muss sich in diese Bücher eintragen. Die Eiserne Front wirbt um das öffentliche Bekenntnis aller Republikaner. Sie erwartet. dass jeder, der sich zu ihr bekennt, der an ihren Zielen mitarbeiten will. auch bereit ist, für ihre Arbeit ein wenn auch noch so geringes Opfer zu bringen. Die Eiserne Front erwartet, dass in dieser Woche alle, die ein neues bekenntnis zur Republik ablegen wollen, sich persönlich zu ihr bekennen. Sie erwartet, dass ein jeder, auch der höchste Funktionär, persönlich in den Rüst-kammern seinen Namen einzeichnet und sein Opfer darbringen wird! Ihr Ruf wende sich nicht nur an die bereits organisatorisch Erfassten, er ergeht vielmehr an das ganze Volk! Alle Republikaner werden aufgerufen, sich an diesem Volksbegehren der Eisernen Front gegen den Faschismus zu beteiligen. In dieser Woche gilt es. den Freiheitswillen und das öffentliche Bekenntnis aller republikanisch vesinnten zur demokratischen Republik zu bezeugen!

Der Kampf der Eisernen Front hat auch bereits Widerhall bis weit in die Reihen des Bürgertums hinein gefunden. Alle diejenigen, die nicht dem Massenwahn des Faschismus verfallen sind, denen es ernst ist um Recht und Freiheit, schliessen sich immer mehr zusammen. Die jüngste Veranstaltung der republikanischen Presse in Berlin hat bezeugt, dass ausserordentlich starke und eine Flussreiche öffentliche Kräfte bereit sind, sich wie ein Mann hinter die Regierung zu stellen, die für eine Sache des verfassungsmässigen Rechts und der verfassungsmässigen Freiheit eintritt. Durch ganz Deutschland und über Deutschlands Grenze hinaus wird die Erkenntnis wirken, dass die Deutschen nicht ein Volk von Knechten sind, die sich von politischen Abenteurern einer faschistischen Diktatur unterwerfen lassen, sondern dass ihre besten Kräfte zusammen stehen, um das Recht und die Freiheit zu verteidigen!

Die Lawine rollt bereits, obwohl die Aktion aller freiheitlich gesinnten Kräfte sich erst im Anfangsstadium befindet.

SPD. Hannover, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Aktiengesellschaft Gebrüder Körting zu Hannover-Linden ist an ihre Gläubiger mit dem Prsuchen herangetreten, die Zustimmung zur Einleitung des Vergleichsverfahrens zu erteilen. Die Gesellschaft sieht sich zu diesem Schritt gezwungen teilweise infolge der Unmöglichkeit, ihre Aussenstände in den südund mittelamerikanischen Staaten, wo sie seit ihrem Bestehen eine umfangreiche Geschäftstätigkeit entfaltet hat, einzutreiben, teils wegen des schlechten inländischen Geschäftseinganges und der sich ständig verschlechternden Geschäftlage. Diese widerum ist in erster Linie auf das völlige Darniederliegen des Baugeschäftes zurückzuführen, auf das die Gesellschaft als hervorragende Spezialfirma für Zentralheizungsanlagen angewiesen ist.

SPD. Frankfurt/M., 22.Januar (Eig.Dr.)
Die 52.Verhandlung des Favag-Prozesses zeigte wieder einmal das aussere
Bild eines grossen Tages. Die Zuschauerräume sind überfüllt. Von den Angeklagten sind die Direktoren der Favag Schumacher, Lindner und Sauerbrey erschienen. Sieben Verteidiger sind anwesend. Auf die Anwesenheit des Angeklagten Dr. Kirschbaum wird vom Gericht für den mest der beweisaufnahme verzichtet.

Die angeklagten Direktoren wollen den Nachweis führen, dass der Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft (Favag), des zweitgrössten deutschen Versicherungskonzerns, nicht durch ihre Phantasiegehälter und die Millionenbeträge der berüchtigten "Sondervergütungen" herbeigeführt worden sei. Sie stellen vielmehr in einem Beweisantrag die Behauptung auf, dass die Allianz, also das grösste Versicherungsunternehmen Deutschlands, planmässig den Zusammenbruch der Favag herbeigeführt habe, näch dem die Versuche, durch Bestechung der Favagdirektoren auf gütlichem Wege eine Fusion Allianz-Favag herbeizuführen, gescheitert seien. Indem Beweisantra wird u.a. behauptet, dass zwei Vermittler, die Kaufleute Frankel und Loeb, mit einem Angebot von mehreren Millionen Mark an die Leiter der Favag herangetreten seien und dabei im Auftrage der Allianz gehandelt hätten. Es sei abwechselnd mit dem "Zuckerbrot" von vielen Millionen Mark gelockt und mit der "Peitsche" der Ankündigung von Enthüllungen in der Generalversammlung der Favag gedroht worden. Auch sei dies im Einverständnis mit der Allianz geschehen.

Schon vor einigen Tagen hatte der 1. Staatsanwalt betont, dass diese Behauptung bereits in der Voruntersuchung aufgestellt, pflichtgemäss mit aller Gründlichkeit geprüft und ihre völlige Haltlosigkeit erwiesen sei. Zur Freitag Verhandlung sind 13 Zeugen erschienen: vom Allianz-Konzern Generaldirektor Schmitt und die Direktoren Hess und Hilgard, ferner Staatsbankpräsident a.D. Loeb, Kaufmann Frankel, die Direktoren Bodenheimer, Mosler, Andra, Hahn, Roth-

schild, Dr. Dreyfuss und Herr Stier.

Zuerst wird Generaldirektor Schmitt vernommen, der eine ausführliche Darstellung über die verhandlungen, die zwecks Zusammenschluss der Allianz und Favag geführt wurden, gibt. "Die Allianz hat," so führte Generaldirektor Schmitt aus, "Ende 1928 den Vermittler, Herrn Frankel, zu privaten Verhand lungen mit der Favag ermächtigt. Lange Zeit hörte die Allianz von der Sache nichts. Erst im April 1929 erschienen die Herren Loeb und Frankel bei uns mit der Mitteilung, dass Fusionsverhandlungen mit der Favag einige Aussicht böten. Wir standen stets auf dem Standpunkt, dass entscheidende Verhandlungen nur von Vorstand zu Vorstand geführt werden können und dass eine Kevision der Favaggeschäfte Vorbedingung einer Fusion seien. Von einer Bestechung der Favag direktoren ist weder von uns noch von den Herren Frankel und Loeb gesprochenworden. Herr Frankel hat lediglich gesagt, dass die Entschädigung der Direktoren natürlich einige Millionen kosten würde und dabei von 5 Millionen gesprochen. Direktor Hess (Allianz) lachte hiedber und nannte Fränkel einen Phantast Bald darauf erschienen Frankel und Loeb wieder bei uns. diesesmal in Begleitung des Bankdirektors Ladendorf. Auch bei dieser Gelegenheit verhandelte die Allianz nicht zur Sache, sondern stellte es den Herren frei, ihrerseits mit der Favag zu verhandeln. Um auf alle Fälle auch über die Provisionen Klarheit zu schaffen, machte ich das Angebot von 30 000 Mark für den Fall, dass die Allianz die Aktienmehrneit der Favag erwirke. Die drei Herren verlangten einen wesentlich höheren Betrag. Eine Einigung wurde erzielt, jedoch wurde eine Bestätigung ausdrücklich nicht gegeben. Als Spesenersatz wurden schliesslich 20 000 Mark vereinbart, unter der Voraussetzung ausglebiger Verhandlungen Anfang Mai kam Direktor Becker in die Generaldirektion der Allianz. Im Verlauf dieser Besprechung kam man auf die Pläne der Herren Loeb und Frankel zu sprechen. Becker erklärte die Brücke von Vermittlern für überflüssog und die Möglichkeit direkter Fusionsverhandlungen für gegeben, wünschte aber eine Vertagung der Aussprache auf den Herbst. Auch zu Herrn Becker sprach ich von der Notwendigkeit einer Revision. In diesem Zusammenhang erklärte Herr Becker: "Ich habe eine absolut weisse Weste!" Von dem Zusammenbruch der Favag erfuhr ich während eines Urlaubs aus der Presse. Ich kehrte sogleich nach Berlin zurück. In wenigen Tagen kam dann die Uebernahme des Versicherungsgeschäftes der Favag durch die Allianz zustande, übrigens nicht ohne ernsten Widerstand im Aufsichtsrat der Allianz. Zu dem Vorwurf der Allianz muss ich klipp und klar sagen: Niemals haben wir irgendetwas Schädliches gegen die Favag unternommen, vor allem auch nicht in der Presse. Die Herren Loeb und Frankel machten nach Apschluss der Fusion anfänglich einen Anspruch auf die gesamte Provision, weil die Verhandlungen durch ihre Vermittlung in Gang gekommen seien und schliesslich zu einem erfolgreichen Abschluss kamen. Auf die "Kausalität" käme es dabei nicht an. Die Allianz lehnte diesen weitergehenden Provisionsanspruch ab und zahlte lediglich 25 000 Mark Spesenersatz, den sich die Herren Frankel und Loeb teilten. Direktor Ladendorf hat an diesem Spesenersatz keinen Anteil genommen, weil er dem Aufsichtsrat der Allianz angehörte.

Der medizinische Sachverständige Dr. Rastrup gab nunmehr ein Gutachten über den Gesundheitszustand des angeklagten Direktors Becker. Eine längere Vernehmung würde Lebensgefahr bedeuten. Aller Wahrscheinlichkeit nach komme auch eine Besserung seines Zustandes nicht mehr in Frage.

SPD. Paris, 22.Januar (Eig.Drahtb.)

In der Freitag-Nachmittagsitzung der Kammer antwortete Ministerpräsident Laval nach einer sehr mutigen Rede des jungen radikalen Abg. Bergery und einer in dem üblichen nationalistischen Stil gehaltenen Rede des Abg. Soulier auf die verschiedenen an die Regierung gerichteten Interpellationen. Das Haus war ausserordentlich stark besetzt und hörte mit gespannter Aufmerksamkeit die Ausführungen des Ministerpräsidenten an.

Laval begann mit einer in bewegten Worten ausgedrückten Anerkennung und Ehrung briands. Es sei bedauerlich, so führte er aus, dass Briand infolge seines vesundheitszustandes nicht mehr in der Lage sei, das von ihm seit sieben Jahren geleitete Werk weiterzuführen. Briand habe Frankreich grosse Dienste ge leistet. Er habe die Sache des Friedens verteidigt und geniesse im Ausland ein grosses Prestige. Er sei die belebende Kraft des Völkerbundes gewesen. Ohne etwas von der Sicherheit Frankreichs zu opfern habe er versucht, den Krieg zu ersticken, indem er die Schiedsgerichtsbarkeit unter den Völkern organisierte. Er, Laval, werde sich bemühen, diese Friedenspolitik fortzusetzen. Die Friedenspolitik könne nicht das Monopol einer Person sein. (Grosser Beifall rechts Die Nichtzugehörigkeit Briands zur Regierung bedeute keine Änderung der Aussenpolitik Frankreichs. Briand werde sich nicht damit einverstanden erklären, dass sein Name missbraucht werde, um im Ausland den Glauben zu erwecken, dass die Friedenspolitik Frankreichs beendet ist. (Beifall rechts und in der Mitte, während auf der Linken mehrmals ironische Zwischenrufe ertönen.)

Der Ministerpräsident ging dann auf das Reparationsproblem ein. Er schilderte in kurzen Worten die Geschichte der Haager Abkommen, des Hoover-Moratoriums und der deutsch-französischen Verhandlungen in Berlin sowie seine Besprechung mit Hoover, worauf der Antrag Deutschlands auf Einberufung des Sachverständigenausschusses gestellt sei. Ueber die Entwicklung der Dinge nach Vorlage des Sachverständigenberichts äusserte sich Laval folgendermassen: Am 6. Januar hat der Reichskanzler den französischen Botschafter in Berlin empfangen und ihm aufgrund des Sachverständigenberichts auseinandergesetzt, dass Deutschland nicht imstande sei, die Zahlungen nach Ablauf des Hoover-Moratoriums und wahrscheinlich auch während einer Reihe weiterer Jahre wiederaufzug nehmen. Unter diesen Umständen erscheine es ihm, Brüning, für angebracht, den Young-Plan aufzugeben und eine völlige Neuregelung des Reparationsproblems ın die Wege zu leiten. Diese Mitteilung des Reichskanzlers sei von dem französischen Botschafter persönlich am 7. Januar der französischen Regierung überbracht worden. Am 8. Januar habe der Reichskanzler dann den englischen Botschafter empfangen und ihm die Lage Deutschlands in gleicher Weise geschildert. Am 9. Januar habe ein Reuter-Telegramm angekündigt, dass Doutschland keine Reparationen mehr zahlen würde, wenn sich seine wirtschaftliche Lage nicht bessere. Der französische Finanzminister habe gegen diese Forderung sofort den notwendigen Protest in einer vor der Presse abgegebenen Erklärung erhoben. Darauf habe Bruning ein Reparations-Interview gewährt, in dem er, ohne die Reuter Meldung kategorisch zu dementieren, die deutsche These in etwas abgeschwächter Form dargelegt hat. Am 14. Januar habe Brüning den französischen Botschafter wieder empfangen und in der Unterredung mit ihm den deutschen

Standpunkt aufrecht erhalten. Damit sei erwiesen, dass Deutschland den Young-Plan nicht mehr durchführen wolle. Allerdings nabe Brüning, juristisch betrachtet, den Young-Plan nicht verleugnet. Frankreich könne, so fuhr Laval unter grossem Beifall der Rechten und der Mitte fort, auf seine Bechte, die ihm die Verträge gegeben haben, nicht verzichten. Die deutsche These sei für Frankreich unzulässig und für die anderen Gläubiger Deutschlands unannehmbar.

Der Ministerpräsident setzte dann den Inhalt des Sachverständigenberichts auseinander und erklärte, aus seinen Feststellungen ergebe sich nicht die Notwendigkeit der endgültigen annullierung der Reparationen. Die deutsche Regierung könne also ihre These nicht mit dem Sachverständigenbericht begründen. Am 26.November habe er, Laval, vor der Kammer erklärt, dass Frankreich sich nicht weigern würde, für die Periode der wirtschaftlichen Depression ein neues Zahlungsarrangement mit Deutschland zu vereinbaren, Eine Herabsetzung der Reparationszahlungen könne Frankreich nur annehmen, wenn ihm von seinen Gläubigern eine entsprechende Verminderung seiner Schulden gewährt werde. Auf die Weiterzahlung der ungeschützten Annuitäten des Young-Plans müsse Frankreich auf jeden Fall bestehen. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Die Sitzung dauert an.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat aus den ihm erteilten Informationen die sichere Ueberzeugung gewonnen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Roggenmehl bis zur neuen Ernte zweifellos sichergestellt ist. Die Entwicklung des Roggen- und Roggenmahlpreises wird gehau verfolgt, und es ist Vorsorge getroffen, dass eine Preissteigerung, die eine Erhöhung der Brotpreis bedingen wurde, nicht eintritt.

SPD. Frankfurt/M., 22.Januar (Eig.Dr.)
In der Favag-Verhandlung führte Generaldirektor Schmitt von der Alliahz.
noch weiter aus:

"Nachdem sich zu dem Vermittler Frankel auch Staatspräsident Loeb gesellt hatte, fand eine Fusions-Vorbesprechung statt. Loeb regte an, Becker wissen zu lassen, dass er mit Angriffen in der Generalversammlung rechnen könne. Diese Taktik der Fusionsvorbereitung lehnte die Allianzdirektion energisch ab und erklärte, dass nur direkte freundschaftliche Verhandlungen von Vorstand zu vorstand in Frage kämen. Auch eine Bestechung der Favagdirektoren ist niemals beabsichtigt gewesen. Das Fusionsobjekt hat man auf 50 bis 100 Millionen Mark geschätzt und daher im Falle einer Fusion eine Provision von 300 000 Mark für die Vermittler versprochen. Diese Summe sollte bei einem günstigen Abschluss auf das doppelte erhöht werden. Den Vermittlernwurde für alle Fälle eine Spesenvergütung von 25 000 Mark zugesagt, die schliesslich auch trotzdes Scheiterns des Projekts zu gleichen Teilen an Frankel und Loeb ausgezahlt worden ist."

7 Direktor Schmitt erklärte zum Schluss mit starker Betonung, dass die Allianz niemals feindselige Handlungen gegen die Favag unternommen habe, insbe-

sondere keine Pressekampagne geführt hätte.

Direktor Hess von der Allianz nennt den Zeugen Kaufmann Frankel einen geeigneten Unterhändler, trotz seiner Millionenphantasien, zu denen ihm die Allianz niemals eine ernste Veranlassung gegeben habe. Einen offiziellen Auftrag habe auch Frankel nichtvon der Allianz erhalten, doch hätte die Allianz die Verhandlungen nicht unterbinden wollen.

Der Zeuge Kaufmann Frankel glaubte aufgrund seiner Kenntnis von den inneren Vorgängen bei der Favag, dass die Favagdirektoren für eine Fusion zu ha-

ben sein würden. Er streitet ab, dass er bei denverschiedenen Besprechungen Millionensummen genannt hätte, muss aber nach wiederholten Hinweisen auf seinen Eid zugeben, dass von einem Entschädigungsbetrag von fünf Millionen Mark für die Favagdirektoren die Rede gewesen ist.

Der Zeuge Walter Loeb ging damals von der Annahme aus, dass die Favagdirektoren auf einem Pulverfass sassen und daher fusionsbereit wären. Mit Entschiedenheit weist er die Unterstellung zurück, dass ihm 15 Millionen Mark Bestechungsgelder zur Verfügung gestellt worden seien. Zur Annahme einer Provision hielt er sich berechtigt. Loeb hat Becker auf die Möglichkeit von Angriffen in der Generalversammlung aufmerksam gemacht. Becker hat darauf erklärt, dass er gegen Drohungen unempfindlich sei, da er 52 Prozent der Aktien besitze. Es wäre für alle Beteiligten besser gewesen, so sagte Loeb zum Schlüss seiner Ausage, wenn die Fusion zwischen Favag und Allianz zustande gekommen wäre.

Rechtsanw.Löwenthal: Warum haben Sie Becker trotz des Widerspruchs der Allianzdirektoren gedroht? - Loeb: Das lag inder Natur der Sache. Eine Interpellation in der Generalversammlung hätte sich auf die Dauer nicht wermeiden lassen.

Rechtsanw.Löwenthal beruft sich demgegenüber auf die schriftlich vorliegende Aussage Becker, in der behauptet wird, dass Loeb mit einem Skandal in der Öffentlichkeit gedroht habe.

Rechtsanwelt Justizrat Klee-Berlin bezeichnet das Vorgehen Loebs als gesetzlich zulässig aber als menschlich unerhört. Loeb! Menschlich unerhört ist es, wenn ein Generaldirektor seiner Pflicht nicht genügt. Sein Vorgehen sei durchaus gerecht gewesen. Eines Strohmannes hätte er sich nie bedienen wollen.

Nach einer einstündigen Pause kam es zu einem heftigen Zusammenstoss zwischen dem Angeklagten Kirschbaum und dem Zeugen Loeb über die Frage, ob Loeb Becker mit Drohungen zur Fusion hätte gefügig machen wollen. Kirschbaum behauptet, dass Loeb schliesslich ein Schweigegeld von 5 000 Mark aus Mitteln der Favag bekommen habe. Loeb erwiderte, dass er diese Summe für eine bestimmt Arbeitsleistung angenommen habe, die die Favag von ihm verlangt hätte. Dieser Vorfall habe sich einige wochen nach der Generalversammlung ereignet.

SPD. Prag, 22.Januar (Eig.Drahtb.)

Die innenpolitische Lage in der Tschechoslowakei wird von Tag zu Tag gespannter. Seit Wochen greifen die tschechischen Agrarier den sozialdemokratischen Fürsorgeminister Czech in der heftigsten Weise wegen der Auszahlung von Erwerbslosenunterstützungen an. Ihr extrem faschistisch orientierter Flügel versucht die Sozialdemokraten aus der Regierung zu drängen. Die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten haben deshalb beschlossen, den agrarische Angriffen gemeinsam energischen Widerstand entgegenzusetzen.

Im Verlauf der am Sonnabend beginnenden Konferenz der Agrarpartei dürfte es zu einem Zusammenstoss zwischen den beiden Richtungen kommen, da einige agrarische Abgeordnete den Ministerpräsidenten Udrzal und den Landwirtschafts-minister Bradatsch durch einMisstrauensvotum zur Demission zwingen wollen. Der ehemalige Ministerprä sident Schvehla, der nach längjähriger Krankheit wieder in das politische Leben zurückkehrt, versucht vergebens, den Zwiespalt in der Agrarpartei zu überbrücken.

SPD. Parmstadt, 22. Januar (Eig. Drahtb.)
Die Auflösung des erst vor zwei Monaten gewählten hessischen Landtags
rückt mehr und mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit. Nachdem sich der

Führer der NSDAP, Lenz, grundsätzlich zustimmend für die Auflösung ausgespro-

chen hat und von der KPD bereits ein Auflösungsantrag vorliegt, gewinnen längere Erklärungen des messischen Zentrumsführers, Ministerialrat Hoffmann, über die Zukunft der Regierung an Bedeutung.

- Hoffmann erklärte, dass nach dem Ergebnis der letzten Wahl an eine Aufrechterhaltung der Weimarer Koalition nicht mehr zu denken gewesen sei. Die NSDAP habe aber daraus den falschen Schluss gezogen, sie könne mit immerhir. nur 37 Prozent der Wählerstimmen hinter sich allein regieren. Das Zentrum habe sich ernstlich bereit gezeigt, mit der NSDAP in eine Koalition zu gehen. Die ultimative Form der Naziforderungen, die Ablehnung von Verhandlungen und die Anschuldigung gegen das Zentrum, es sei "marxistisch", hätten aber erken-nen lassen, dass die NSDAP sich nicht mit praktischer Politik befassen wolle, sondernes vorzog, die bisherige Regierung zu dulden, und durch Agitationsanträge weitere Wählermassen zu gewinnen hofft. Auf der anderen Seite sei eine Fortführung des Geschäftsministeriums- aus dem auch nicht, wie die Nazis es wollen, der sozialdemokratische Innenminister einfach herausgenommen und ersetzt werden kann - unerfreulich und auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. zumål NSDAP und KPD zusammen eine Mehrheit bilden. Für eine Beschränkung der Ministerzahl wäre das Zentrum zu haben gewesen, praktisch könne aber nicht einMinister allein die Verantwortung für alle Ressorts übernehmen. Schliesslich erwidert Hoffmann auf die entscheidende Frage nach der weiteren Entwicklu ausweichend: Das hänge vonder Stellungnahme der NSDAP zu dem vorliegenden Auf: Lösungsantrag ab.

So wenig klar diese Äusserungen auch erscheinen mögen - sie können schlie lich nur den Sinn haben: Wenn die Nazis mit den Kommunisten für die Auflösung stimmen, so ist das Zentrum der Verantwortung enthoben, selbst Schritte in die ser Richtung zu tun. Es fragt sich nur, was mit Neuwahlen erreicht werden soll

SPD. Vom Schnellgericht Berlin-Mitte wurden am Freitag 2 Kommunisten, die anlässlich des blutigen Nazi-Uberfalls auf die Kolonie Reinickendorf-Ost, der zwei Todesopfer zur Folge natte, nicht genehmigte Flugblätter verbreitet hatten, zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. In diesen Flugblättern war in sinnloser Verdrehung der Wahrheit die Polizei der Begünstigung der Nazis verdächtigt worden, obwohl das Berliner Polizeipräsidium die Schuld der SA-Banden öffentlich eindeutig festgestellt hat.

Nationals ozialisten heimkehrende Kommunisten, indem sie gleichzeitig Schusse abgaben. Ein Kommunist wurde verletzt, 7 Nationals ozialisten wurden von der Polizei festgenommen. Bei einem der Nazi-Rowdies wurde eine Mehrladepistole und Munition gefunden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf <u>Wiederhören</u>

<u>Sonnabend</u>-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



SPD. London, 22. Jan. (Eig.Drahtb.)

Die Spaltung des englischen Kabinetts in der Zollfrage, die man schon seit langem voraus sah, die aber so schnell nicht erwartet wurde, ist am Freitag ein-

getreten. Die gegenwartige Regierung bleibt trotzdem erhalten.

Das Kabinett ist nach wie vor offenbar von der Kothendigkeit des Firmenschildes "national" überzeugt und hat sich sozusagen geeinigt, nicht einig zu sein über das wichtigste Problem der englischen Politik, ja das Problem, das eigentlich ihr ganzer Existenzgrund ist, nämlich der Ausgleich der Zehlungsbilanz. Veber die Frage, ob und inwieweit dieser Ausgleich durch Zölle versucht werden soll, ist die Spaltung eingetreten. Sie wird offiziell in einem Kommuniqué mitgeteilt, in dem es heisst, die mit der Mehrheit des Kabinetts nicht übereinstimmenden Minister dürften gegen die Zollpolitik des Kabinetts, dessen Mitglieder sie selbst sind, im Unterhaus sprechen und ihre Stimme abgeben. In allen anderen Fragen sei die Regierung unter sich völlig einig.

Die englische Tradition der Kabinettseinheit ist in noch nicht dagewesener Weise durchbrochen worden, um die Fiktion der nationalen Regierung aufrechtzuerhalten. Jar zuliebe zieht man nicht die Konsequenz aus dieser grundlegenden

Frage, nämlich den Rücktritt.

Dem Kabinett lag bei seinen Beratungen am Donnerstag und Freitag der Berich eines Unterausschusses über das Zollproblem vor. Den Wünschen der konservativen Mehrheit in Regierung und Parlament entsprachend schlägt dieser Bericht die Einführung von Zöllen vor, und zwar stand zunächst ein allgemeiner Einfuhrzoll von 10 bis 15 Prozent zur Diskussion, der auf alle Waren mit Ausnahme gewisser Rohstoffe gelegt werden soll. Auch Eisen und Stahl sollten unter diesen Zoll fallen der sobald als möglich eingeführt werden soll. Die ehemaligen Freihandler im Kabinett, die sich mit einer Zollpolitik in gewissen Grenzen abgefunden hatten, als sie in die Regierung eintraten, finden diese Vorschläge als zu weitgehend. Denn zusammen mit der Pfundentwertung würden sie eine 30 bis 40 prozentige Verteuerung der englischen Einfuhrwaren bedeuten. Zu den Gegnern der Zollpolitik im Kabinett gehören Lord Snowden und die liberalen Minister ausser Sir John Simon. Vergebens hat man in langen Verhandlungen den Gegensatz zu überbrücken und eine einheitliche Linie zu finden versucht. Aber es ist nur eine neue Verschleierung und Verschleppung gelungen, denn das Nettoergebnis ist, dass die Konservativen tatsächlich regieren und ihre Politik durchführen, während die liberalen Minis tex mit einigen schwächlichen Reden vor dem Parlament ihr Gewissen zu retten versuchen.

Nicht zuletzt muss die aussenpolitische Lage von der Regierung als Begründur für ihr Verbleiben im Amt herangezogen werden. Von Laval ist noch keine Antwort eingetroffen, ob er die englische Einladung, über das Wocherende nach England zu kommen und mit dem Premierminister über das Reparationsproblem zu sprechen, angenommen hat, nachdem die innenpolitischen Vorgänge es MacDonald unmöglich gemacht haben, nach Paris zu reisen.

Die Lausanner Konferenz gilt hier in politischen Kreisen als endgültig er-

ledigt.

SPD. Schanghai, 22. Jan. (Eig.Drahtb.) Die japanischen Truppen, die bereits die ganze Mandschurei besetzt haben, treffen nunmehr auf Veranlassung des japanischen Kabinetts Vorbereitungen zur Besetzung von Schanghai. Der japanische Aussenminister hat ein Ultimatum an die chinesische Verwaltung von Schanghaf gerichtet, in dem die sofortige Auflösung der antijapanischen Verbände verlangt wird. Bollte diese Bedingung nicht erfüllt werden, so sollen Gewaltmassnahmen ergriffen werden.



Lausbubeni

Neuer Nazi=Tumult an der Berliner Universität - Die Universität geschlossen.

Am Freitag vormittag kam es an der Berliner Universität abermals zu ausserordentlich schweren Zusammenstössen und Schlägereien. Eine brutale Vebermacht von Mazi=Studenten demonstrierte aufs neue, welcher "legalen" Art; die geistigen Waffen sind, mit denen Hitlers Jünger das Dritte Heich zu er

kämpfen gedenken.

In der deutlichen Absicht zu provozieren, sammelten sich um 10 Uhr vor mittags auf einer Seite der Universitätsvorhalle zahlreiche nationalsoziali= 🗏 stische Studenten. Als sie sich mächtig genug fühlten wurden plötzlich Sprech= chore angestimmt; der Donner der "Deutschland erwache" - Juda verrecke" = Rufe, " die hin und wieder auch vom Absingen nationalsozialistischer Lieder abgelößt wurden, drang bis in die entferntesten Hörsäle und machte ein ungestörtes Aren. beiten unmöglich. Nachdem sich die Nazis auf diese Weise in Kampfesmut gesun= gen hatten, gingen sie zu Tätlichkeiten über. Sie bildeten eine Kette und liessen niemanden mehr durch den Vorraum passieren. Schliesslich begannen sie mit Feindseligkeiten.

Einige jüdische Studierende, die sich von dem Kettentrupp umdrängt sahen, wurden blutig geschlagen. Mehrere Studenten erlitten schwere Verletzungen. Lautes Johlen und das Zertrümmern der Scheiben von Aushängekästen lieferte die Schlachtmusik. Als der Tumult seinen Höhepunkt erreicht hatte, erschien der Rektor. In der Hoffnung, dass seine Autorität und Würde Ruhe schaffen würde, versuchte er zu den Studenten zu sprechen. Aber er kam überhaupt nicht zu Worte. Die Prügelei nahm ihren Fortgang. Zur grenzenlosen Wut der Hitler=Rowdies leisteten die republianischen Studenten tatkräftigen und stellenweise auch recht schmerzlich verspürten Widerstand. Einige Schupobeamten.die von mehreren Studenten herbeigerufen waren, wurden von den Nazis angepöbelt und angegröhlt.

Schliesslich traf Polizeiverstärkung ein, die von den Nazi=Studenten eben= falls mit wüstem Gebrüll empfangen wurde. Tafeln mit Anschlägen der Universi= tätsleitung wurden den Beamten vor die Püsse geworfen. Einem Schupo wurde das Seitengewehr entrissen; der Täter entkam. Es gelang den Beamten bald, die Nazi-Studenten aus dem Vorraum abzudrängen. Sieben wurden sistiert: ihre Aburtei= 1 lung erfolgt durch die akademischen Disziplinarbehörden. Die Nazis antworteten mit wilden Toben.

Als die Polizei abgerückt war, begannen die Tumulte von neuem. Da sich die republikanischen Studenten im Vorgarten der Universität versammelt hatten, verlegten die Nazis ihren "Kriegsschauplatz" gleichsfalls nach dort. Erst um 12 Uhr mittags trat Ruhe ein. Wegen der Gefahr weiterer Zusammenstösse, verfüg= te der Rektor die Schliessung der Universität bis Montag früh. Die Nazi=Stu= denten quittierten die Bekanntgabe der Schliessung der Universität mit einem wiederholten kräftigen "Heil",

Der Deutsche Studentenverband veröffentlicht zu den Nazi=Unruhen en der

Berliner Universität folgende Erklärung:

"Die rechtsradikalen Gruppen der Studentenschaft der Berliner Universität haben sich infolge der "Asta Wahlen" herrschende Erregung zunutzegemacht und haben in einer Form, die sich von den Vorfällen in Halle und anderen Universi= täten in nichts unterscheidet, gegen die republikanischen Studenten Ausschreis tungen verübt, die geeignet sind, den Ruf der Berliner Universität als Haupt=

bildungsstätte des Landes auf das schwerste zu gefährden.

Die im Deutschen Studentenverband zusammengeschlossenen republikanische Studentenverbände erblicken in der notwendig gewordenen Schliessung der Universität eine Massnahme, die für die Befriedung der Universität und Gewährleistung der Lehr= und Lernfreiheit nur von vorübergehender Wirkung sein kann. Die Vorfälleder letzten Tage beweisen, dass die im Nationalsozialistischen deutschen Studentenbund zusammengeschlossenen rechtsradikalen Gruppen der Studentenschaft nicht gewillt sind, den Anordnungen des Rektors, der mehrmals persönlich eingreifen musste, Folge zu leisten, ja vielmehr die Absicht haben, ihre Terrorakte gegen die republikanischen Studenten fortzusetzen.

Der Deutsche Studentenverband sieht sich gezwungen, das Preussische Staats ministerium und die Universitätsbehörde zu ersuchen, eventuell mit den schärfsten Mitteln gegen die in den Vorfällen zutage tretende Verwahrlosung der Sitten an den Hochschulen vorzugehen und durch entsprechende Massnahmen für die Sicherheit des ordnungsliebenden Teils der Studentenschaft - mehrere Studenten, darunter eine Studentin, wurden schwer verletzt - Sorge zu tragen."

"Bankrott der Medizin".

Lübecker Nebenklägeranwalt verlangt einen Urteilsspruch "zur Sühne der Toten, zum Nutzen der Lebenden."

SPD. Lübeck, 22. Jan. (Eig. Drahtb.)

Im Galmette=Prozess hielt als Vertreter der Nebenkläger der Berliner Ver

teidiger Dr. Frey am Freitag sein mit Spannung erwartetes Plädoyer.

Dieser Prozess ist, so begann Dr. Frey, die grösste Enttäuschung meines Le bens gewesen. Der Bankrott der Medizin ist erklärt. Auf der Anklagebank sitzer drei Akademiker. Aber es gilt, mit dem alten Vorurteil aufzuräumen, als ob äkademische Angeklagte irgendwie andere Empfindungen bei einem Gericht auslösen als Leute der ärmeren Klasse. Es gilt, durch den Urteilsspruch nicht nur das Ansehen der deutschen Justiz wieder herzustellen, es gilt zu erreichen, dass durch diesen Urteilsspruch jeder im Volke sagt: So hätten wir geurteilt, es ist ein Volksgericht, das hier gesprochen hat.

Für mich - führ Dr. Frey fort - sitzen auf der Anklagebank nicht drei Herren mit akademischen Vorzeichen, sondern die Vertreter des in seinen Folgen
barbarischen Systems der Experimentiersucht. Gegen dieses System richtet sich
mein Kampf. Man experimentiert an den Aermsten der Armen! Indes sind die Angeklagten nicht nur ethisch, nicht nur moralisch schuldig, sondern sie sind
auch juristisch schuldig. Die Schuld Professor Deyckes ist grösser als die
der übrigen Angeklagten. Dr. Altstaedt ist jünger als Professor Deycke. Er war
auch sein Jünger. Hätte er es gewagt, in Lübeck irgend etwas zu kontrollieren,
er wäre achtkantig aus dem Laboratorium herausgeflogen. Der wissenschaftlig e
Irrtum Professor Deyckes ist nur eine Ausrede. "Wissenschaftlicher Irrtum"
ist eine Phrase. Ich hatte zu Beginn des Prozesses geglaubt, Professor Deycke
würde sich erheben, um zu bekennen: Ich bin schuldig. Dann hätte das Gericht
gesagt: als Richter muss ich Dich verurteilen, als Mensch spreche ich Dich Prei
Heute muss das Urteil lauten: nicht nur als Richter, auch als Mensch spreche
ich Dich schuldig.

Weshalb - fragte schliesslich Dr.Frey - hat man in Lübeck die Impfung nicht auf 10 Kinder beschränkt? Nun: Zehn Kinder, das hätte niemandem in Deutschland imporniert. Man wollte "etwas Grosses" in Lübeck schaffen, die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Welt auf sich lenken. Das Urteil des Gerichts kann den Eltern die toten Kinder nicht zurückgeben, kann die erkranketen. Kinder nicht heilen. Aber eine Freisprechung der Angeklagten wäre ein Dolchstoss in die Unabhängigkeit der deutschen Justiz. Der Urteilsspruch

muss ausfallen zur Sühne der Toten, zum Nutzen der Lebenden.

Für die Nebenkläger sprachen noch die Rechtsanwälte Dr. Cantor-Lübeck und Dr. Giessner-Berlin. Am Sonnabend beginnen die Plädoyers der Verteidiger der Angeklagten.

Der Dank der Sieben. Die sieben vom Tod erreteten Bergarbeiter der Karstem=Zentrum=Grube bei Beuthen haben der Oeffentlichkeit ein Schreiben über= geben, in dem sie allen denen ihren herzlichen Dank aussprechen, "die mit Effe - 1 setzung ihres Lebens immer wieder vorstiessen um so viele wie möglich dem schwarzen Tode zu entreissen." In dem Schreiben heisst es weiter: "Unverges = lich wird uns das treue Kameradschaftliche Verhalten und die restlose Hinge 19 der Rettungsmannschaft und aller Mitglieder der Belegschaft sein, die, ohne er sich selbst zu schonen, uns aus dem Grabe herausholten in dem wir uns in schrecklichen sechs Tagen befanden."

Vor der Frenzel=Revision. Am kommenden Montag findet vor dem Reichsge= richt in Leipzig die Revisionsverhandlung des Amtsvorstehers Frenzel aus Bornim bei Potsdam statt. Frenzel war von der Strafkammer Potsdam wegen Blut= schande, begangen an seinen Töchtern, zu einem Jahr und zwei Monaten Zucht= haus verurteilt worden. Der Angeklagte selbst betonte von Beginn der Verhanglung an seine Unschuld. Das in der Öeffentlichkeit stark kritisierte Urteil berüht in erster Linie auf den Aussagen der jugendlichen Zeugin Gertrud Frenzel, deren Zuverlässigkeit von den Sachverständigen stark umstritten wurde.

In der beim Reichsgericht von der Verteidigung Frenzels eingereichten he= visionsschrift werden zahlreiche Verfahrensmängel gerügt. Die nicht vor= schriftemässige Zusammensetzung des Gerichts bedeute einen erheblichen Ver= stoss gegen das Gerichtsverfassungsgesetz. Die Beweisaufnahme hätte zum Teil bereits vor Vernehmung des Angeklagten, zum Teil auch an unzulässiger Stelle stattgefunden. Die vom Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Hellwig in tendensib= ser Absicht herbeigeführte Nichtöffentlichkeit der Verhandlung sei unzulässig.

· Die Devisenschieber. Im Zusammenhang mit der Berliner Devisenschieber ... affäre wurde ausser den Bankiers Palargi und Dr.Gutherz am Freitag der Berliner Bankgeschäftsinhaber Oppenheimer verhaftet und dem Vernehmungsrichter in Berlin=Moabit vorgeführt.

Wo ist Sklareks Geld? Im Berliner Sklarek=Prozess erklärte der Angeklag= te Sklarel buchhalter Lehmann am Freitag, dass er die ihm zur Last gelegten 218fache Unterschriftenfälschung auf Kreditunterlagen nur begangen haben will. weil ihm die Sklareks erklärt hätten dass es sich bei der Anfertigung dieser Kredit=Unterlagen nur um Formalitäten handele.Der Verteidiger des angeklagten Stadtbankdirektor Hoffmann verlangte Auskunft darüber, wo nun eigentlich das ... viele Geld geblieben ist das die Sklareks bekommen haben. Leo Sklarek antwortete: "Ich weiss es nicht, ich besitze keinen Pfennig mehr." Hoffmanns Vertei= diger: "Aber Max Sklarek bezieht eine Zehnzimmerwohnung am Kaiserdamm für 400 Mark Monatsmiete."

* Blutige Unruhen. In Paruschowitz (Oberschlesien)kam es bei einem im Anschluss an eine Arbeitslosenversammlung gebildeten Demonstrationszug zu einem blutigen Zusammenstoss zwischen Arbeitslosen und Polizei. Ein Arbeitsloser wurde getötet. Vier Arbeitslose und sieben Polizisten erlitten Verletzungen. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet.

Auch in Konitz (polnischer Korridor) kam es bei der Verteilung von Kohlen und Lebensmitteln im Rathausgebäude zu einem Zusammenstoss zwischen Arbeitslo= sen und Polizeibeamten. Ein Polizist erlitt Verletzungen. Da es nicht gelang die Ruhe herzustellen wurde das in Konitz stationierte I. polnische Schützenbatail=

lon alarmiert, das mit blanker Waffe vorging.



Der Grubenkonflikt in Polen.

SPD. Die grosse Kraftprobe zwischen Kapital und Arbeit im polnische Bergbau hat noch nicht zu einem offenen Konflikt geführt. Es ist aber auch noch keine fühlbare Entspannung eingetreten. Wie eine gewitterschwere Wolke hängt die Generalstreikdrohung noch immer über dem ostoberschlesischen Grubenrevier. Die Erregung unter der Bergarbeiterschaft über die ihr von den Unternehmern angedrohte Aussperrung hält an. Auf allen grösseren Betriebsanlagen erfolgten in den letzten Tagen Belegschaftsversammlungen, in denen die Arbeitnehmer fast überall sich einstimmig für den Streik entschieden haben. Der Ausbruch des offenen Kampfes ist jedoch zunächst durch den Verlauf der in Kattowitz stattgefundenen grossen Betriebsrätetagung für den Augenblick noch verhindert worden.

Die Regierung hat noch eine Galgenfrist.

In Warschau scheint man jetzt den Ernst der Lage erfasst zu haben. Die Regierung hat den Arbeitsinspektor Kloth nach Kattowitz geschickt, um dort mit den Parteien zu verhandeln. Kloth wollte zunächst eine Verschiebung der Betriebsrätetagung. Das ist ihm nicht gelungen. Die Betriebsrätetagung der ostoberschlesischen Gruben und Hütten - Bergarbeiter und Metallarbeiter kämpfen in geschlossener Front - hat stattgefunden. Nach stürmischer Aussprache wurde eine Entschliessung angenommen, die vor allem zwei Forderungen stellt! Sofortige Entfernung der Kündigungsbekanntmachung und planmässige Kohlenwirtschaft sowie Zentralisierung der gesamten polnischen Kohlenpolitik. Die Tagung fand ihren Abschluss damit, dass nach zweimaliger Abstimmung eine schwache Mehrheit für die Fortsetzung der Verhandlungen eintrat. Sobald diese abgeschlossen sind soll auf einer zweiten Betriebsräteversammlung die endgültige Entscheidung über die Stellungnahme der Arbeiterschaft zu den rücksichtslosen Lohnabhauforderungen der Unternehmer fallen.

Bei den Industriellen ist ein Schreiben des Demobilmachungskommissars eingelaufen, worin die unverzügliche Entfernung der Kundigungsanschläge und darüber hinaus die Ueberweisung des Lohnkonflikts an den Schlichtungsausschuss gefordert wird. In einigen Werken hatten die Arbeiter schon vor der Stellungnahme des Demobilmachungskommissars die Kündigungsbekanntmachung abgerissen; sie hatten an deren Stelle Plakate angebeacht, auf denen die Belegschaften den Direktoren das Arbeitsverhältnis zum 2.Februar aufkündigten.

Die Polizei hat diese Zettel sofort wieder entfernt..

Die Geduld der polnischen Bergarbeiter ist schon zu lange auf eine harte Probe gestellt worden. Was man ihnen zumutete, überschritt alles Mass. Der Bergarbeiter soll die Kosten des Konkurrenzkampfes zwischen polnischer und engläscher Kohle bezahlen. Ueber seinen Kopf hinweg wollten die Grubenherren einen neuen Lohnabbau um 15 % diktieren, und die Regierung wollte ihren Segen dazu geben. Dabei wird der polnische Bergmann ohnehin am schlechtesten bezahlt Der englische Bergmann leistet, wie die "Bergbauindustrie" feststellt, proschicht 1102 Kilogramm und bekommt dafür 2,25 Dollar. Im deutschen Bergbau wurden für das letzte Vierteljahr des verflossenen Jahres durchschnittlich 1113 Kilogramm und 1,83 Dollar errechnet. Der polnische Bergmann dagegen fördert täglich 1388 Kilogramm und bekommt dafür nur 1,08 Dollar. Trotz massenhafter Feierschichten in allen Revieren hat die Regierung den Zechenbesitzern fast alle Wünsche auf Arbeitszeitverlängerung erfüllt. Monat für Monat werden 120 000 Ueberstunden geleistet. Ein Teil der Bergarbeiter muss also kurz ar-

beiten und ein anderer soll bis 12 und 16 Stunden schuften.

Wenn es der Regierung nicht gelingt, die Arbeitgeber in letzter Stunde zur Raison zu bringen und durch das nunmehr angeordnete Schlichtungsverfahren eine für die Bergarbeiter erträgliche Lösung des Konflikts zu schaffen, dann werden der polnisch-oberschlesischen Industrie schwere Kämpfe und der gesamten polnischen Wirtschaft ernste Erschütterungen nicht erspart bleiben. Die faschistische Regierung in Warschau kann nicht ein fach das Grubenproletariat zum Freiwild der Gruben- und Hüttengewaltigen machen, die bei ihren märchenhaft hohen Genältern für die Sorgen der Bergleute kein Verständnis haben.

SPD. Der zur Neuregelung der Löhne der württembergischen Lextilindustrie vor kurzem gefällte Schiedsspruch ist verbindlich erklärt worden. Damit sind die württembergischen Löhne dem Stand vom Januar 1927 angepasst. Die Unternehmer wollten einen stärkeren Lohnabbau und haben bereits seit Mitte Dezember da ein tarifloser Zustand nerrschte, geringere Lohnsätze bezahlt. Sie müssen sich nun wohl oder übel zu Nachzahlungen bequemen.

SPD. Ber Einheitsverband der Eisenbahner hat im mitteldeutschen Bezirk Halle 25 grosse Kundgebungen veranstaltet, in denen die Eingliederung der Eisenbahner in die Eiserne Front vorgenommen wurde. Alle Veranstaltungen wieser einen Massenbesuch auf, wie er in den letzten zehn Jahren nicht zu verzeichnen warz Nirgends hatten sich Nazianhänger eingefunden. Störungsversuche der KPD und RGO blieben ohne jeden Erfolg, da auf je 1000 Versammlungsbesucher nur ein Dutzend kommunistische Schreier kamen.

, <u>1</u>22.

SPD. Bei dem vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes ist, um dem nationals ozialistischen Terror in der Beamtenschaft entgegenzutreten, eine Terrorabwehrstelle errichtet worden. Sie erlässt in der soeben erschienenen neuen Nummer der "Allgemeinen Deutschen Beamten-Zeitung" folgenden Aufruf:

Beamte der Republik! Lasst Euch nicht weiter durch den Terror nationalsozialistischer Agitatoren einschüchtern. Ihre Drohungen, republiktreue Beamte ohne Pension auf die Strasse setzen zu wollen, sind leere Grosspechereien; denn das "Dritte Reich" wird niemals kommen, es ist ein Phantom. Die deutsche Republik steht Test und unerschütterlich.

Wir greifen die Feinde der Republik an! Wer die deutsche Republik stürzen will, kann nicht Beamter der Republik sein. Beamte, die sich zum "Dritten Reich" bekennen, werden jetzt rücksichtslos öffentlich mit Namen genannt; sie haben ihren Diensteid gebrochen.

Es gibt jetzt aber auch im Bekenntnis zur Republik keine Lauheit mehr.
Die republikanischen Beamten merken sich die Namenderer, die mit den Nationalsozialisten sympathisieren und in ihre versammlungen laufen. Auch sie werden
jetzt öffentlich Farbe bekennen müssen!

Wir stehen fest zusammen. Wir verlangen aber auch von den Behörden, dass sie energisch dem nationalsozialistischen Unfug ein Ende machen. Wir sorgen dafür, dass jeder Fall nationalsozialistischen terrors verfolgt wird.

l Der Aufruf schliesst mit der Aufforderung, sich in allen Fällen an die Terror-Abwehrstelle beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1, zu wenden.

SPD. Auch die Zimmerer haben jetzt gegen die Faschisten mobilisiert. Der Zentralverband hat in allen Teilen seines Verbandsgebietes Versammlungen angesetzt. In Kürze finden rund 2 000 Versammlungen statt. Die Versammlungs-welle soll vor allem die Landgebiete erfassen. Ueber 200 Redner werden in der Abwehrbewegung tätig sein. In allen Versammlungen wird an die Mitglieder der Appell gehen, sich in die Eiserne Front einzureihen und mit Kaltblütigkeit und Entschlossenheit alle Kraft für die soziale und wirtschaftliche Demokratie einzusetzen.

SPD. Die Eisenbahnergewerkschaften haben dieser Tage zur Reparationsfrag die sie ganz besonders berührt, gemeinsam Stellung genommen. Einmütig wenden sies sich gegen eine weitere Reparationsbelastung der Reichsbahn. Sie fordern, dass die Reichsbahn aus der internationalen Gesetzgebung freigegeben und an das Reich zurückgegeben wird. Diese gemeinsame Stellungnahme und ihre an-die Regierung gerichteten Forderungen finden in den Organen der Verbände scharfen Ausdruck.

SPD. In Italien hat das Zentralorgan der faschistischen Gewerkschaften mit besonderem Nachdruck schärfste Beschränkung der Frauenarbeit gefordert. Seine Gründe dafür sind dieselben, die auch in anderen Ländern wiederholt für eine Einschränkung der Frauenarbeit ins Treffen geführt wurden. Es sei wichtiger; dass ein Mann verdiene und eine Familie ernähre, die eigene oder die elter liche, als dass Frauen beschäftigt würden. Allein auch in Italien gehen Frauen und Mädchen nicht zum Vergnügen ins Geschäft oder in die Fabrik. Die Arbeitsstellen, die von Frauen besetzt sind, werden auch vielfach so gering entlohnt, dass ein Mann selbst jetzt in der Krisenzeit dafür nicht arbeiten kann.

Was wird für die Frauenarbeit in Italien bezahlt? Arbeiterinnen im der Ernährungs-, Bekleidungs-, Ausstattungs- oder Holzindustrie verdienen pro Tag 7, höchstens 15 Lire. Also im allgemeinen 2 bis 3½ Mark. Arbeiterinnen in der chemischen Industrie verdienen 2,15 bis 3,45 Mark, in der Textilindustrie - dem Hauptbetätigungsfeld für weibliche Arbeitskräfte - 1,30 bis 2,40 Mark. Die Hauptmasse der Arbeiterinnen erhält jedoch nur den Minimallohn; die angeführten Höchstlohnsätze stehen meist nur auf dem amtlichen Papier. Dazu kommt, dass auch in Italien für die meisten der genannten Industrien nur noch Kurzarbeitnin Frage kommt, wodurch sich das Einkommen der Arbeiterin ähnlich wie bei uns empfindlich vermindert.

Eine perfekte Stenotypistin wird im allgemeinen mit etwa 75 Mork bezahlt. Erreicht sie das höchste Monatseinkommen von 135 Mark (600 Live), dann müss sie schon ganz besondere Fähigkeiten aufweisen. Eine Verkäuferin bekommt gewöhnlich 45 bis 65 Mark im Monat. Höchsteinkommen von monatlich 125 bis 135 Mark sind Ausnahmefälle. Aehnlich liegen die Dinge für weibliche Büroangestellte.

* Diese Lohn= und Gehaltssätze erhalten nun keineswegs vom Standpunkt ihrer Kaufkraft aus ein freundlicheres Aussehen. Wer die Statistik der Klein= handelspreise genau studiert, wer sieht, was er wirklich für sein Geld im La= den haben kann, der kommt bald zu der Feststellung, dass die Preise für alle elementaren Lebensnotwendigkeiten wie Wohnung, Kleidung, Nahrung usw. durchaus nicht niedriger stehen als etwa in Deutschland. Erst jetzt ist in der Preise senkung ungefähr die Basis erreicht worden, die vor dem Marsch auf Rom, d.h. vor der Herrschaft des Faschismus in Italien, bestand.



Drama in der Bauwirtschaft.

80 Prozent Arbeitslosigkeit - und kein Ausweg.

SPD. Im Dezember 1931 waren im <u>Deutschen Baugewerksbund</u> 84,4 % sämtlichen Mitglieder arbeitslos. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit fällt gewöhnlich in den Monat Februar. Es ist anzunehmen, dass man im Februar 1932 mit 92 - 95 %

Arbeitslosen im Baugewerbe zu rechnen hat.

Die Rückwirkungen der Krise in der Bauwirtschaft auf den Geschäftsumfang der Gesamtwirtschaft und auf den Binnenmarkt sind ausserordentlich: für 1931 entstand im Baugewerbe gegen 1930 ein Umsatzausfall von 3,3 Milliarden Mark, gegen 1929 ein Ausfall von 5,6 Milliarden und gegen 1928 ein Umsatzausfall von 5,7 Milliarden Mark. Die Oeffentlichkeit hat sich bisher kaum Rechenschaft über diese Dinge gegeben. Es ist bisjetzt noch zu wenig erkannt worden, dass Deutschland im Jahre 1932, wenn die Dinge so weitergehen wie bisher, vor der Notwendigkeit einer Notstandsaktion für alle im Baugewerbe Beschäftigten stemen wird. Es ist das Verdienst des Deutschen Baugewerksbund, in einer noch vor Erlass der vierten Notverordnung der Reichsregierung übergebenen Denkschrift die Volle Verantwortung der Reichsfinanzpolitik für die Verwüstung der Bauwirtschaft schaft festgestellt und diese Verantwortlichkeit nachgewiesen zu haben. Diese Denkschrift ist heute, wo das endgültige Erlöschen der Bauwirtschaft im Jahre 1932 und deshalb ernste und dringliche Aufgaben zur Förderung der Bauwirtschaft vor uns stehen, von allerhöchstem Interesse.

Das Verhängnis begann im Jahre 1929, als die Folgen der Politik Schachts, die jeder Anleihe feindlich gegenüberstand, sich bei den Kommunen auswirkten und die Sparkassen nicht wie bisher die Hälfte aller Neueinnahmen zu Hypothe= kenausleihen, sondern zur Schuldenkonsolidierung verwenden mussten. Das Verähängnis steigerte sich seit den Septemberwahlen 1930, als die politische Arith= metik der Mehrheit= und Vertrauenssicherung für das Kabinett Brüning den Haus= besitzern die Macht gab, die das Zünglein an der Waage bildeten. Es vollendete sich mit der finanziellen Notverordnungspolitik, die dem "Interessenhaufen"bei steigender Arbeitslosigkeit Steuerentlastung gewährte und schliesslich den Woh= nungsbauanteil an der Hauszinssteuer bis zur letzten Mark der Bauwirtschafts= förderung entzog. Es sind ausschliesslich innerwirtschaftliche und finanzpoli= tische Massnahmen, die zur Katastrophe in der Bauwirtschaft geführt haben.

Dass ein unabweislicher Wohnungs= und öffentlicher Baubedarf vorhanden ist, wurde von der Finanzbürokratie in Vebereinstimmung mit der falschen Thesorie von der Unproduktivität öffentlicher Bauförderung schliesslich verneint. Das geschah, obwohl keinerlei finanzielle Vorsorge für die Finanzierung der Bausinitiative getroffen war, wenn die öffentliche wegfallen würde. Auf ein ganzes Jahrzehnt hinaus besteht dabei jetzt noch ein Bedarf von jährlich rund 300000 Wohnungen. Der öffentlichen Kapitalbildung und der verbilligenden, bauförderns den öffentlichen Kapitalverwertung stand man ablehnend gegenüber, weil die Finanzbürokratie im Kielwasser der privaten Kapitalbildungspsyche schwamm. Die Ueberleitung der Bauinitiative an die Privatwirtschaft wurde gefördert, die staatliche, verbilligende Bauförderung wurde als überflüssig erklärt, obwohl der Wegfall der billigen Hauszinssteuerhypotheken eine untragbare Mietenteues rung bringen und das Bauen überhaupt unmöglich machen musste. Dabei drückte

manssich - fast grundsätzlich - um die Lösung des Problems der zweiten Hypu thek. Obwohl der Baumarkt und der Bauanteil der Hauszinssteuer die einzige Konjunkturreserve für Krizenzeiten waren, wurden in relativ günstigen Konjuna turzeiten die Realsteuern auf Kosten der Hauszinssteuer gesenkt und schliesslich den Kommunen der Rest der Hauszinssteuer zur Schadloshaltung für die steigenden Wohlfahrtslasten überantwortet. Den Hausbesitzerargumenten, von der "Ungerechtigkeit" der Hauszinssteuer und von dem kapitalbildenden Charakter ihrer Aufhebung wurde Vorschub geleistet; die falschen Behauptungen der Enquêtekommission vom den Pehlinvestitionen im Wohnungsbau, die lächerlich sind gegenüber den Kapitalfehlleitungen in der Industrie, wurden aufgebauscht und erhielten den öffentlichen Segen der Regierenden, denen solche "Feststellun= gent willkommen waren, Man machte Reichswohnungsbauprogramme, denen die finanzi ellen Unterlagem fehlten oder denen man sie im weiteren Verlauf der Dinge ent-

Das sind die niedsdrückenden und anklagenden Schlussfolgerungen die sich der Oeffentlichkeit aus dem in der Denkschrift des Baugewerksbundes darge= legten Material über die Verantwortlichkeiten an der katastrophalen bauwirt= schaftlichen Entwicklung aufdrängen müssen. Auf die Frage, was geschehen soll, gibt die Denkschrift eine Antwort, die auch und erst recht noch nach der vierten Notverordnung einen richtigen Weg weist:

Die seit 1929 durchgeführte Preisgabe der öffentlichen Bauförderung muss als grundsätzlicher Irrtum erkannt werden. Die Hauszinssteuer darf nicht be= seitigt. der Bauanteil an der Hauszinssteuer muss weitgehendst wieder hergestellt werden; dazu gehört, dass eine Realsteuersenkung auf Kosten der Hauszins steuer als volkswirtschaftliche Unmöglichkeit erkannt wird, weil 1932 keine einzige Hauszinssteuermark mehr zur Verfügung steht, muss der schon 1930 ge= plante Bauzwischenkredit des Reichs - mindestens 750 Millionen Mark - so schnell als möglich mobil gemacht werden. Um neue Wohnungsbauten vermietbarer. zu machen ist auf eine Reihe von Jahren die Tilgungsrate für Hypotheken auf † Prozent zu senken. Die wiedereinzuführende Kapitalertragseteuer soll für baufördernde Zwecke reserviert werden. Die Beschaffung nachstelliger Hypothe= ken ist vom Staate planmässig zu organisieren.

Es mag offen bleiben, ob die Vorschläge des Baugewerksbundes ausreichen

oder voll durchführbar sind.

. Kein weifelist jedenfalls, dass die Preisgabe der öffentlich-wirtschaft= lichen Bauförderung ein finanz= und wirtschaftspolitischer Irrweg sowie eine konfunkturpolitische Torheit von unabsehbaren sozialen und allgemeinpoliti= schen Gefahren ist. Kein Zweifel ist auch,dass der fehlerhafte Zirkel der zu= nehmenden Ausdörrung der Konjunkturindustrien durch die finanzielle Aushunge= rung des Baugewerbes sich 1932 und in den folgenden Jahren zur zumehmenden Gefährdung auch der Exportindustrien und schliesslich der deutschen Zahlungs= bilanz verschärfen muss; denn es ist eine Illusion, dass die private Bauiniti= atibe mit ihren hohen Zinslasten die öffentliche wird ersetzen können wenn ausreichend billiger ausländischer Kredit uns versperrt bleibt, was auf absehbare Zeit wahrscheinlich ist. Und es bleibt auch nicht mehr viel Zeit zur Einkehr, zur Umkehr und zu neuen Entschlüssen: Wenn das Jahr 1932 endgültig eine Dauerarbeitslosigkeit von 75 bis 80 Prozent im Baugewerbe gebracht haben wird, dann wird eine Umkehr in der Finanz= und Wirtschaftspolitik mit unge= ." heuren Mehrkosten bezahlt werden müssen.

der Rationalisierung" neu herausgebracht. Sicherlich wird das Buch für diejenigen, die sich mit der technischen Rationalisierung beschäftigen, grottenste leisten. Ausserdem hat die öffentliche Kritik zuwege gebracht, dass das vom Reich unterhaltene Kuratorium den Fragen der volkswirtschaftliche Rationalisierung nicht mehr so weltfern gegenübersteht wie früher. Aber man muss feststellen, dass die Versuche im rein Technischen stecken geblieben; sind Die Arbeiten des Instituts über Verlustquellen, über die Vereinheitlichung, die Steigerung vom Ertrag, Leistung und Qualität müssen den Bestrebungen ange-passt werden und dienlich gemacht werden, die im grösseren Format auf die; volkswirtschaftliche Rationalisierung hinzielen, die auf eine Abwicklung der gegenwärtigen Krise hinauslaufen, die zu gutem Teil Rationalisierungskrise ist

Das Gesagte beweist am besten, dass die deutsche Wirtschaft auf ein zentr les, Wirtschaftlichkeitsinstitut angewiesen ist, dass sie einer technischen Clearingstelle bedarf. Kommt alles darauf an, wie zurzeit der Finanzmisere die erforderlichen Mittel aufgebracht werden können. Bisher hat das Reichsku= ratorium vom Reiche gelebt. Die Aufwendungen betragen für einige Jahre ins= gesamt etwa 8 Millionen Mark. Die jährlichen Bewilligungen durch das Reich machten etwa pro Jahr 1 bis 1,5 Millionen Mark aus. Diese Summen kann das Reich nicht mehr zur Verfügung stellen. Dabei muss man berücksichtigen, dass neben dem Reichskuratorium noch andere Institute bestehen, die sich mit ähn= lichen Aufgaben beschäftigten wie das Reichskuratorium, und die auch vom Reich unterhalten werden. Für das laufende Etatjahr hat das Keich un nach ei= ner Darstellung des Reichskuratoriums 120 ooo Mark bewilligt, aber noch nicht zur Auszahlung gebracht. Vorstand und Finanzausschuss des Reichskuratoriums hätten den jährlichen Mindestbedarf des Instituts nach sorgfältiger Berech= nung auf 600 000 Mark beziffert und um eine Erklärung der Reichsregierung ge= beten, "ob sie das Reichskuratorium weiter bestehen lassen wolle oder nicht." Es sei selbstverständlich.dass.wenn die Regierung diese Erklärung für das Etatjahr 1932 nicht abgebe, die "Liquidation des Kuratoriums für die nächsten Monate in Aussicht genommen wird."

Man wird die Drohung des Kuratoriums nicht ganz ernst nehmen dürsen. Es dürste sich auch eine andere Lösung finden. Wenn man die Institute zusammenstasst, die heute mit Reichsgeldern auf dem Gebiet der Wirtschaftlichkeit arbeiten, dann wird man die ganze Rationalisierungsarbeit verbilligen und Mittelzur Verfügung haben, um die Aufgaben einer zentralen Wirtschaftlichkeitsstel

le und eines technischen Clearingshauses durchführen zu können.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 22. Januar. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 10,50, über 60 gr 9, über 55 gr 8, über 45 g 7,25; äussortierte kleine und Schmutzeier 5-6,25. B. Auslandseier: Dänen 18er 10-10,25, 17er 9,50, 15½-16er 8,1eichtere 6,50-7,25; Schweden 18er 10-10,25, 15½-16er 8, 1eichtere 6,50-7,25; Holländer 68 g 10,50, 60-62 g 8,25-9, 57-58 g 7,75-8; Rumänen 5,50-7,75; kleine, Mittel=und Schmutzeier 4,50-5,50. C. In=und aussländische Kühlhauseier: Normale 5-6. D. Kalkeier: Grosse 6, normale 4,50-5. Die Freise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieshern und Eiergrösshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: kühl. Tendenz: ruhig.

Unsicher - wegen Brotpreisverhandlungen. (Berliner Getreidebörse vom 22.Jan.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Freitag die Grundstimmung zunächst fest; jedoch machte sich im Verlaufe der Börse eine gewisse Abschwächund bemerkbar. Am Markte der Zeitgeschäfte eröffnete Weizen um 1 bis 2 Mark festen Die Hälfte dieses Preisgewinnes ging jedoch später wieder Verloren. Roggen dagegen hatte zu Beginn unveränderte Notierungen, während am Schluss die Notierungen um 12 Mark schwächer lauteten. In prompter Ware war das Weizenangebot nach den letzten Preissteigerungen etwas grösser geworden. Jedoch stellten die Landwirte sehr hohe Forderungen, sodass sich nur wenige Käufer fanden. Immerhin waren die Preise für prompte Ware um 2 Mark erhöht. Roggen dagegen verlor in prompter Ware etwa 1 Mark. Auch hier war das Angebot zwar nicht reichlich, jedoch hielten sich die Käufer sehr zurück, da man bei den Verhandlungen über den Brotpreis Rückwirkungen auf den Mehl- und Getreidemarkt annimmt. Mehl hatt ziemlich lebhafte Umsätze, teilweise bei höheren Preisen. Hafer hatte bei knappem Angebot stetige Tendenz.

Temple Tourse		
- -	21.Januar 22.Januar	
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	229 - 231 231 - 233	
Roggen	199 - 201 198 - 200	
Braugerste	158 - 168 158 - 168	
Futter- und Industriegerste	153 - 158 153 - 158	
Hafer	138 - 146 138 - 146	
loco Mais Berlin	eca sc-	
Weizenmehl	27,75-31,50 28,00-31,75	
Roggenmehl	27,15 -29 ,40 27,15-29,40	
Weizenkleie	9,60-10,00 9,60-10,00	
Roggenkleie	9,60-10,00 9,60-10,00	,
	te: Weizen per März 247 - 264 (Vort	ae
246), per Mai 255 = 254 3/4 (253 3/4).	Roggen per März 211 - 209 3/4 (211)	
per Mai 2152 - 214 (2152). Hafer per Mär	z 161 = 160 1/4 (161).per Mai -	
(169 1/4).		

Berliner Viehmarkt. (22. Januar 1932)

SFD. Auf dem Schweinemarkt setzen sich die Preisabflachungen bei genügendem Angebot weiter fort. Auch auf dem Kälbermarkt lag genügendes Angebot vor. Trotzdem sich der Export am Geschäft beteiligte, gaben die Preise, mit Ausnahme der Preise für geringe Kölber, die auf Grund der letzten Notierungen bezahlt wurden, nach. Am Hammelmarkt konnte sich, da der Auftrieb nicht ganz ausreichte, eine Preisaufbesserung durchsetzen. Bei den Rindern waren Qualietätstiere knappe angeboten. Im übrigen genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.)42-43 (42-43), c) (200-240 Pfd.) 40-42 (40-43), d) (160-200 Pfd.) 37-39 (38-40), e) (120-160 Pfd.) 34-35 (34-37), Sauen 36-38 (36-38). Schafe: a) 38-40 (37-40), b) 26-30 (26-30), c) 30-35 (30-33), d) 21-27 (20-27). Kälber: b) 40-48 (42-50), c) 27-38 (28-42), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 24-27 (22-26), b) 20-23 (18-21), c) 16-19 (14-17), d) 12-15 (11-14).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Seelin, bon 22.Januar 1932.

Der Fremde.X

* SPD. Das möblierte Zimmer bei der Postschaffnerswitwe hatte ein grosser. kränklich aussehender Mann gemietet. Die Frau machte am ersten Abend gleich da Bett zurecht, füllte frisches Wasser in den Waschkrug und stellte zuletzt noch ein paar billige Schnittblumen auf den Tisch, damit das Zimmer freundlicher aussah. Als sie jedoch am nächsten Morgen dem neuen Mieter den Kaffee pringen wollte, waren Bett und Waschzeug unbenutzt, und auch am folgenden Tage war es nicht anders. Sie wunderte sich darüber, denn es war ihr gewesen, als hätte sie Eihren neuen Untermieter am Abend vorher die Türe aufschliessen hören. Am Vormittag erzählte sie es der Nachbarin auf der Treppe. Die beiden Frauen standen noch beisammen, als ein schneller, unsicherer Schritt die Treppe heraufkam und der Fremde plötzlich vor ihnen auftauchte. Sie sahen ihn an. Der de blonde Schnurrbart hing ihm verdrossen um den Mund, und wie in Gedanken hatte der Fremde die Stirn in Falten gelegt. In der linken Hand hielt er einen Köffe und seine lange Gestalt war leicht vornüber geneigt. Als er an den Frauen vorüberging, grüsste er flüchtig die Wirtin, schloss die Wohnungstür auf und verschwand in der Wohnung. Die Frauen blickten ihm nach. "Ein unheimlicher Mensch sagte die Postschaffnerswitwe. Die Nachbarin, eine jüngere Frau, zuckte die Achseln: "Man kann richtig das Fürchten kriegen". Darauf die andre: "Wenn ich das Geld nicht so zur Miete brauchte, würde ich das Zimmer lieber Leer stehen lassen. Es ist doch nicht schön, wenn man immer einen fremden Menschen in der Wohnung hat."

2 Es dauerte nicht lange, da wurden auch die andern Leute im Hause auf den Fremden aufmerksam und verfolgten ihn mit ihren Blicken, als wäre hinter ihm ein Geheimnis versteckt, dem man auf die Spur kommen müsste. Sonst währte es immer nicht lange, da wurde ein Neuer von ihnen als gleichberechtigt aufgenommen, und nach ein paar Tagen sah man ihn schon an, als hätte er immer in dem Hause gewohnt. Nur dieser machte eine Ausnahme. Wenn er die Treppe hinaufging, verstummten die Gespräche. Die Gesichter der Frauen verschlossen sich von selber, und die Männer betrachteten ihn prüfend von oben bis unten, als wären sie darüber einig, dass sie mit ihm niemals reden würden. Doch der Fremde schien sich nichts daraus zu machen. Er blickte weder nach rechts noch nach links. Er liess sich nie zu einem Gespräche herbei. Immer war er allein. "Was mag er bloss in seinem Koffer haben?" fragten die Leute. Niemand konnte es ihnen sa gen. Nicht einmal die Postschaffnerswitwe. "Er macht aus allem ein Geheimnis". erzählte sie der Nachbarin. "Manchmal bleibt er eine ganze Woche weg. Wenn er wiederkommt, hat er dicke Schmutzkrusten an den Schuhen, als wäre er über 4 sieben Dörfer gelaufen. Der Mantel ist zerdrückt; wer weiss, wo er schläft! Und er sieht aus, als wären sie hinter ihm her. Noch im Zimmer läuft er in" einem fort auf und ab. Dahinter kann doch nichts Gutes stecken." Die Nachbärin hörte sich alles genau an und trug dann das Gehörte im Hause herum. -

Er blieb "der Fremde". Selbst sein Name war so merkwürdig, dass ihn niemand richtig aussprechen konnte. Manchmal streifte ihn eins der jungen Mädischen verstohlen mit einem neugierigen Blicke. Aber es sah nur das müde, unordentliche und abgehetzte Gesicht eines alten Mannes. Vielleicht stieg da auch in so einem jungen Ding ein bisschen Mitleid auf; aber das zerging wohl auch

schnell wieder.

Parüber verstrichen mehrere Monate. Der Winter war gekommen. Die Leute verkrochen sich in ihre warmen Stuben. Niemand stand mehr auf der Treppe. Nur wenn mal die Sonne schien, versammelten sich die Arbeitslosen des Hauses unten an der Haustür und wlickten die Strasse entlang, als könnte plötzlich von irgend einer Seite her die Arbeit herangeschritten kommen. Unter den arbeitslose Burschen war auch der Sohn der Postschaffnerswitwe, ein ruhiger Mensch, der di Andern reden liess. Eines Tages sagten einige zu ihm: "Was macht der denn eige lich, oder wisst ihr immer noch nichts von ihm?" Dabei sahen sie ihn herausfördernd an. Der Sohn zuckte die Achseln und erwiderte: "Fragt ihn doch selbst da kommt er ja". Sie sahen alle nach links die Strasse hinunter, wo der Fremde mit langen schritten herankam. Der Mantel wehte förmlich hinter ihm her, und im Gehen schüttelte er den Kopf. "Der hat es aber eilig", sagte einer der jungen Leute. Sie machten ihm Platz, und der Fremde ging an ihnen vorbei, als hät te er sie alle nicht gesehen. Sein Gesicht war bleich, und die dünnen, schmale Lippen bewegten sich, als spräche er fortwährend mit sich selber.

Am nächsten Morgen standen sie wieder wie sonst vor der Haustür und strit ten sich. Da wurde plötzlich hinter ihnen die Tür aufgerissen, und die dicke Postschaffnerswitwe schoss aufgeregt an ihnen vorbei. Sie sah ihren Sohn nicht stehen und lief schnell die Strasse hinunter. Bald darauf kam sie mit einem Schupo wieder. Der Sohn löste sich aus der gruppe und ging hinter den Beiden her. In einigem Abstand folgten dann auch die Üebrigen. Als sie oben in die Wohnung eintraten, blieben sie ganz erschrocken stehen. Der Fremde hatte sich in seinem Zimmer am Fensterkreuz aufgehängt. Sein Gesicht war so müde und verzweifelt anzuschauen, dass jeder sofort das Gefühl hatte: Den muss das Leben

aber nart am Genick gepackt haben.

Es lagen auch noch zwei Briefe auf dem Tische und das Geld für die Miete, das er noch schuldig war. Auf meller und Pfennig... Am übernächsten Tage kam eine Verwandte und holte seine Sachen ab. Von ihr erfuhren auch die Leute im Hause, dass dem Fremden früher ein Geschäft gehört hatte. In der Inflation hat te er sein Geld verloren, und die ganzen letzten Jahre hatte er sich als Reise der mühsam durchgeschlagen. Zuletzt brachte er immer weniger Bestellungen mit nach Hause. Nun hatte das Geschäft, für das er reiste, Konkurs angemeldet. Es

zog sich alles um ihn zusammen; er stand ganz allein.

Seine Schwester, die in guten Verhältnissen lebte, bezahlte das Begräbnis Sie und die Wirtin waren die einzigen Menschen, die ninter dem Sarge hergingen Eine Zeit lang war es den Leuten im Hause, als fehlte ihnen etwas. Die Frauen im Hause warteten beinahe darauf, dass er noch einmal die Treppe hinauf kommen würde. Und wenn sie jetzt - was nur selten geschah - von ihm zu reden begannen dann sagten sie: "Er muss doch sehr unglücklich gewesen sein. Das nat auch schon in seinem Gesichte gelegen."

Das Gelübde.X

SPD. Eine Viertelstunde oberhalb von Mittenwald steht des Anselmbauern Häuschen. Der Schnee liegt fast zwei Meter hoch; greifbar nahe ragen die weiss goldenen Zacken des Karwendelgebirges in die blaue, kalte Luft; die Skifelder gleichen einem riesigen bettuch, das man über die Gegend gelegt hat, und vom Dorfe her dringt kein Laut herauf. Die Ferien hier oben sind herrlich. Die Städte mit ihrem unruhvollen Jagen und unablässigen Getöse liegen weit, weit weg. Und schlafen kann man, bis zehn und noch länger.

Die Bauersleute sind fleissig. Selbst des Anselm Vater, der alte Jupp, tut-noch täglich mit. Er schläft in dem Zimmer neben dem meinigen. Aber leider - und das ist das einzige, was ich auszusetzen habe - rasselt dort drinnen jeden Morgen, punkt fünf Uhr, Grossvaters Weckuhr schrill und eindringlich.

genau eine halbe Minute lang. Ich sage Ihnen, das ist etwas ganz Fürchter-t liches. Man schläft so wundervoll ruhig, hat noch vier Stunden gesunden Schläfes vor sich, und plötzlich mittendrin dieser unbarmherzig losratternde, abscheuliche Ton, der nimmer nachlässt. Es ist zum Wahnsinnigwerden. Morgen für Morgen geht das so. Aber schliesslich, die Leute haben viel zu tun, müssen frü anfängen, und manchen Menschen wird es eben schwer, um eine bestimmte Zeit von selbst wach zu werden.

A Eines Avends spreche ich mit der Bäuerin über das frühe Geklingel in 👉

Grossvaters Schlafstube.

selber sei musst, scho als Buab net. Olle Murgn hot'r sei Knüppel kriagt, wei'l er net uffgstunna is, der Bazi, der gscherte. Un weil er si net bessern wollt, hot em sei Vodder, wieer fei gstorbe is, no uffm Totebett dös Versprechn obgnumma, doss der Buab sein' Wecker olle Murgn um fünf Uhr bimbeln lässt, dös gonze Leben long."

haha," sage ich, "das war vernünftig. Der Mensch soll früh sein Tagewerk beginnen. Und, wie ich sehe, vielmehr höre, hat Euer "Vodder" sein Gelübde

bis auf den heutigen Tag noch nicht gebrochen."

"Freili," grinst die Bäuerin, "dös hot er net, naa. Wos natierli der Mecker is, der bimbelt scho fost sechzig Johr long olle Murgn um fünf. Ober dös schert den Olten fei net, wissens. Der schlöft olle Murgn genau bis um elfi, au scho sechzig Johr long."

Werner Lobbenberg.

Karneval in aller Welt. X

SPD. Den Karneval feiern wohl alle europäischen Völker in dunkler Erinnerung an längst vergessene Sitten und Gebräuche ihrer Vorfahren. In Deutschtland feiert man ihn am längsten im Rheinland. Hier fanden bereits in ältester Zeit zu beginn der Eisschmelze auf dem Khein festliche Umzüge in Städten und Dörfern statt. Dabei ging es, genau wie heute, äusserst lustig zu; freute man sich doch nicht allein über den nun bald kommenden Frühling, sondern auch darüber; dass die Schiffahrt, die während des ganzen Winters zum grössten Teilgeruht hatte, auf dem Rhein wieder rortgesetzt werden konnte. Aus diesem Grunde Zog man auch einen grossen hölzernen Schiffswagen, den sogenannten Carrus navelis, durch die Strassen der rheinischen Städte. Von ihm leitet sich auch der Name Karneval ab, nicht aber, wie die Kirche uns glauben machen will, von dem lateinischen Carne vale (dem Fleische Lebewohl sagen); denn der Carsus navalis war bereits in heidnischer Zeit, wo man von christlichen Fastenzeiten noch nichts wusste, im Rheinlande neimisch, während die willkürliche Aus legung des Namens Karneval erst neueren Ursprungs ist und sich nicht näher begründen lässt. Es ist auch kaum anzunehmen, dass die alten heidnischen Rheinländer dem Fleischgenuss Lebewohl sagen wollten, wenn sie ihren Schiffskarren, jubelnd über den wiederkehrenden Frühling, durch ihre Städte zogen.

Bis auf den neutigen Tag ist für uns Deutsche das Rheinland die Haupt provinz des lustigen Taschingstreibens. Der Kölner Karneval, der in der ganzen Welt bekannt ist und seinen Höhepunkt am Tastnachtsdienstag erreicht, hat seine Stellung trotz der Anstrengungen andrer Städte durch Jahrhunderte behauptet. Die Karnevalsfestlichkeiten, die sich in Köln nicht nur durch ihre heitere Ausgelassenheit, sondern auch durch Tarbenreichtum und künstlerischen Prunk auszeichnen, werden durch die verschiedenen Karnevalsgesellschaften und Vereinigungen, die sich schon im Oktober versammeln, sorgfältig vorbereitet. In den ersten Sitzungen wird ein grosser und kleiner Rat, ein Festordner und der Prinz Karneval selbst gewählt und diesen Erwählten das weitere Arrangement der öffentlichen Umzüge, Aufführungen usw. übertragen. Selbstverständlich

hat es nie an Bestrebungen gefehlt, das frohe Karnevalstreiben in den rheinischen Städten einzudämmen. Im Jahre 1432 - also genau vor 500 Jahren - wurde auf Betreiben der Kirchenbehörden der Karneval in den Städten Köln, Aachen, Mainz, Trier und Düsseldorf verboten. Im grossen und ganzen aber war alles Einschreiten gegen den altüberlieferten Brauch ziemlich wirkungslos.

Aber nicht nur in Deutschland naben sich die Karnevalssitten aus altheidnischen Festlichkeiten und Gebräuchen entwickelt, sondern auch in densüdlichen Ländern ist dies der Fall. Hier lässt sich die Geschichte des Karnevals noch viel weiter zurückverfolgen, und man geht wohl nicht fehl, wenn man Italien al das Geburtsland des Karneval bezeichnet; denn wenn auch gewisse Fastnachtsgebräuche auf griechischen und orientalischen Ursprung zurückgehen, so haben dem auch schon im heidnischen Italien dem heutigen Fasching verwandte Frühlingsfeiern bestanden, deren Ursprunge sich im Dunkel der Geschichte verlierer Wir erinnern nur an die Saturnalien und Luperkalien der alten Römer. Am festlichsten wird der Karneval in Italien in Venedig, Rom und Florenz begangen. Wohl nirgends geht es ausgelassener, toller und Treier zu, als beim Fasching in diesen drei Städten; denn hier prägte die stets sehr zahlreich anwesende Künstlerschaft dem Treiben ihren Stempel auf.

In Frankreich geht es ebenfalls bei den Karnevalsfeiern sehr lustig zu. Hier existieren, genau wie in Köln, sogenannte Karnevalsgesellschaften, die sich um alles zu kümmern haben, was mit den Karnevalsfestlichkeiten zusammenhängt. In Dijon lassen sich zwei derartige Gesellschaften, die "Infanterievon Dijon" und "Die Narrenmutter", denen früher Personen aller Stände - sogar Bischöfe - angehörten, pereits im 13. Jahrhundert nachweisen. 1454 wurden sie von Philipp dem Guten, Herzog von Burgund, erneut bestätigt. Die Gesellschaften veranstalteten Maskenumzüge, wobei die Mitglieder rote, gelbe und grüne Kostume, Schellenkappen und Narrenkolben trugen. Auf einem Wagen, den man mitführte, wurde von Schauspielern - unter genauer Kopierung der vorkommenden städtischen Personen - alles dargestellt, was sich das ganze Jahr über in Dijon ereignet hatte. Am 21. Juni 1630 wurden diese öffentlichen Karnevalsvergn gungen allerdings vorübergehend durch königlichés Dekret verboten. Die letzte Narrenmutter von Dijon war Philipp des Champs, Parlamentsprokurator und Syndikus der Stände von Burgund. Unter seiner Leitung fand 1650 in Dijon das letzte grosse Karnevalsfest statt. Künftig war dann Paris der Ort, wo die öffentlichen Spottschauspiele und sonstigen Karnevalsfeiern veranstaltet wurden Der neutige Pariser Karneval bleibt jedoch noch sehr hinter dem Berliner Fasching, der sich in der Hauptsache auf die Ballsäle und Künstlerateliers beschränkt, zurück.

Mit sehr groben Ausschreitungen sind die Karnevalsfestlichkeiten in Südamerika verbunden. Frauen und Mädchen tun dort jedenfalls in der Karnevals zeit gut daran, zu Hause zu bleiben, denn das Nassgiessen von oben bis unten ist noch das Harmloseste, was ihnen auf den Strassen passieren kann.

. Auch im alten Russland kannte man eigenartige Fastnachtssitten. So ware. z.B. in Moskau die sogenannten "Chaldäer" vom Patriarchen ermächtigt, durch die Strassen zu laufen undden ihnen begegnenden Männern die Vollbärte anzuse genooder doch sie so lange zu quälen, bis sie sich frei kauften. Die Chaldicselbst natten sich Bart und Haare mit Honig bestrichen, um sich gegen Feuer zu schützen. Später gründete Peter der Grosse, der kein Freund der Geistlich keit war, einen "arrenstaat, den er "Kirchenstaat des Bacchus" nannte. Dieser "Staat" hat dem Zaren ein schönes Stück weld eingebracht, denn "Väterchen"? pflegte in der Karnevalszeit mit seinem Hofnarren Sotof, den er zum "Patriarchen" ernannte, und entlicher Narren Besuche bei den reichen Bürgern Moskaus zu machen, bei denen die also vom Zaren "beehrten" Leute so lange geprügelt und mit schlechtem Branntwein, der Weihwasser vorstellen sollte, besprengt wurden, bis sich die Ungglücklichen durch eine ansehnliche Summe losgekauft hatten. Nach dem Tode Peters löste sich zum Glück der Moskauer der "Kirchenstaat des Bacchus" auf, und Russland schloss sich allmählich den weniger barbarischen westeuropäischen harnevalssitten an.

272

Am schönsten wurde der Karneval in früheren Zeiten wohl bei denalten spanischen Mauren gefeiert. Sobald der Mond aufgegangen war, tanzten die schönsten Mädchen in leichten, schillernden Gewändern durch die Strassen von Granada und Cordoba, und junge Männer, mit kostbaren Anzügen angetan, sprengten wohlriechendes Wasser auf die Tanzenden, worauf diese schliesslich mit einem Bombardement von Apfelsinen, die für diesen Zweck bereitgestellt waren. antworteten. Dass es auf der Dauer bei diesen Harmlosigkeiten nicht blieb. ist verständlich, und im Jahre 1352 sah sich der mauretanische König Jusuf Abu Hagiag veranlasst, sämtliche Karnevalsfeierlichkeiten in seinem Reiche zu verbieten. Dieses Verbot empörte jedoch seine "Untertanen" so sehr, dass sich ein ge Non ihnen aufmachten und den König in seiner Moschee ermordeten.

Die Sitten und Temperamente der Völker sind halt verschieden - auch beim Gotthard Brodt. "

Karneval.

Fahrt in den Winter.X

A SPD. In langsamer Fahrt löst sich der Zug vom Grau der dunklen Städte: in denen es nicht richtig Winter werden will. Ueber flaches Land geht es, ? das schon für den Frühling sich rüstet, den Bergenentgegen. Plötzlich wird: es heller im Abteil. Höher und höher hinauf klettert der Zug; weisser werden schon die Gipfel der Berge, die, umkreist von bleiernen Wolken, aus der Ferne uns grüssen. Heller werden die Herzen, freier wird die Luft, die wir atmen. Und dann weitet sich die Brust. Klare Fülle strömt Winterluft in die Lungen.

Ein Sprung, und wir sind mitten in einer verwandelten Welt. Wir spüren die Kälte nicht mehr, in der unser Atem zu weissem Nebel wird. Elastisch ist unser Schritt inmitten der Vielen, die wie wir der dunklen Stadt entflohen für einen mag, der erfüllt sein soll von der Frische des Winters, die das Blut verjüngt und es schneller durch die Adern treibt. Schon schnallen wir uns die Schneebretter an die Füsse, stossen uns ab und gleiten voran. Seltene Schwungkraft wohnt in unsern Gliedern. Traum langer Wochen nebt uns empor. Fliegen wird uns erfüllbarer Wunsch. Schon gleiten wir den Sprunghügel hinab. Unter uns sinkt das Gelände. Im Ohre pfeift uns der Wind. Sekundenlang. Dann setzen wirauf, und glatt und gleitend sausen wir weiter, kaum noch den Doden unter uns spurend. Befreit von aller Schwere sind wir, begabt mit jenem Schwunge, nach dem wir uns in den Tiefen der Städte vergeblich sehnen.

E Dann das herrliche Wandern durch denverschneiten Wald. Gleich weissem Gewölk bauen die Bäume sich auf an den Seiten des einsamen Weges. Gierig trin-

ken die Augen die Wunder einer neuen Welt, die aus Schauen sich schuf.

🦥 Dann das Gesause der Bobs, die den Berg hinunterrasen. Das endlose Läuten der Schlitten. Und hoch über allem, in strahlendem Glanze, die leuchtende Sonne. Ein Welt, wie geschaffen, den Mann, der Woche um Woche sich hinter Frauchenden Öfen, sausenden Rädern und giftigen Dämpfenduckt, der die Erde durchwühlt nach Kohle und Erz, der alle Güter der Erde nerbeischafft und sie dienstbar macht dem Willen des Menschen, zu erfrischen, ihn jung zu machen 🎨 für einen Tag, ihm die Gesundheit zurückzugeben, die die Qual langer Wochen ihm nahm, eine Welt, in der die Lungen sich vollsaugen könnten an staub- und rauchfreier Luft.

Und doch, nur wenige von ihnen sind es, die hier sich verjüngen und be- $\underline{\varepsilon}$ freien vom erstickenden Dunste der Arbeitsstätte. Die vielen anzern, die hier. sich vergnügen, die hier die Enge der Städte vergessen, haben nicht das harte Gesicht der Arbeit. Sie sind nicht vom Rauch, der in die Haut drang wie in die offene Lunge, geschwärzt; ihre Brüste sind nicht eingefallen vom Hocken im niederen Flöz. Filmgesichter sind es zumeist, in die das Leben keine Runen grub. Denen anzusehen ist, dass sie nie um ihr Brot sich mühten, dass sie nie

gebangt um ihre Arbeit, dass sie nie andre Gedanken gedacht als den, ihre Jugend schön und sorglos zu verbringen. Für sie hat die Erde keines Jahreszeite mehr. Wie sie sich heute des erfrischenden Winters freuen, werden sie morgen in der wohligen Lauheit des Südens ihre trägen Glieder dehnen. Und während die Männer, die den Zug der Tausende hier heraufführten, bereits wieder am nebel der Lokomotiven stehen, horchend, aufpassend, bangend um das Leben andrer, das ihnen anvertrautward, schlagen sie das eigene Leben, an dem nichts hängt, keine Verantwortung, keine Aufgabe, kein Ziel, in kühnen Sprüngen in den Wind. Sie hören nicht, dass in den Jubel der Tausende, denen jeder dieser Sprünge um ein Leben, das keins ist, zum Ereignis wird, die dunklen Schreie aller der rer sich mengen, die unbeachtet tagaus tagein ihr Leben aufs Spiel setzen für eine Welt, deren Glanz und Weite ihnen versagt bleibt bis zu jenem Tage, da sie sich aufraffen aus der Schwere und Schachheit ihres dunklen Daseins, um de Sprung zu tun, den einen Sprung, der sich löst von der kettenden Schwere einer im Joch des Kapitals stöhnenden Welt, und dessen herrlichstes Ziel sein wird; die Freiheit der Armen.

Die Posse zu Gottwaldhausen.*

SPD. Blutig und wild leuchtet das Jahr 1525 aus dem Dunkel der Geschichte zu uns herüber. Luthers Ruf von der evangelischen Freiheit hatte den Bauern au gerüttelt. Er stand auf und zerriss die Ketten, die herrischer Wahnwitz jahren hundertelang fronend um ihn geschlungen. Er brach die Burgen und riss die Klöster ein.

Gewaltig wie das Mass der Schuld war auch die Rache. Heldenhaft war der Kampf der Bauernhaufen; wenn sie schliesslich doch elendiglich zu Grunde gingen, so unterlagen sie nur der geübteren Kriegskunst und der moralischen Skrüpellosigkeit ihrer Feinde. Hatten die Schreckensmänner von Weinsberg den Grafen von Helfenstein in die Spiesse gejagt, so schmorten die siegreichen Fürsten ihre Opfer lebendig am Holzstosse.

Aber es gab auch kleine humoristische Intermezzi, die spielerisch anmuten und nichts von der blutigen Grösse und Leidenschaft des Bauernaufstandes ver spuren lassen. So erhoben sich am Abend des 2.April 1525 zu Braunsbach 7 Bauern, lärmten und liefen durchs Dorf und riefen zu den Waffen. Die Bauern eile ten hinzu, und hurtig ging's ins nächste Dorf. Um 10 Uhr plünderten sie, jetzt schon 200 Mann stark, den ersten Pfarrhof aus, assen und tranken gut und zogen weiter. von Dorf zu Dorf bis in den hellen Morgen, mit viel Hallo und Geschrei als ging's zur Kirchweih. Überall brachen sie in die Pfarrhöfe, taten sich gütlich und zwangen die Pfarrer, als Prediger mit ihnen zu ziehen. Ein lusti ger Beutezug war's, dem sich die aufgeweckten Bauern gern anschlossen. Nach zwei Tagen war der Haufen schon auf rund dreitausend Mann angewachsen. Und da zu einem Kriegszuge nun auch einmal Kanonen gehören, so nahmen sie von den g festen Landhäusern und Türmen die Geschütze und Büchsen mit, führtensie auf Wagenwie Scheite Holz hinter sich her, dachten aber nicht im entferntesten daran, auch nur einmal festzustellen, ob sich in ihrem Haufen auch Waffentüchtige befanden, die diese Waffen zu bedienen verstanden, geschweige denn, eine Manuschaft zu bilden, die im Ernstfalle mit diesen Waffen in ein Gefecht einzugreifen hatte. Aber wozu auch! An einen blutigen Zusamenstoss dachte ja doch keiner dieser einfältigen Bäuerlein auch nur im entferntesten. Ihr Beutezug war ein Spaziergang, und der galt lediglich der Stadt Hall und dem vor ihr liegenden "Rosengarten", wohinein allerlei hübsche Sachen geflüchtet worden waren. Die zu nehmen, freuten sich die Bauern wie Kinder auf einen Apfel. der fern am lockenden Zweige winkte.

Am Montag Abend lagerten sie bereits nahe der Stadt in und um das Dörflein Gottwaldhausen, legten sichschlafen und träumten von der Lust des Rosengartens.

Der Rat zu Hall natte sich indessen der Treue seiner Einwohner versicher und stellte einige Fähnlein von vier- bis fünfhundert Mann zusammen, gab sihner auch vierzig Reiter und fünr Schlangen (Feldgeschütze) mit und sandte sie zwe Stunden vor Tag aus, den Bauern entgegen. Aber auch diese braven Bürger und Handwerksgesellen, die so über Nacht zu Soldaten gemacht wurden, waren alles andre denn mannhafte Helden. Städtische Kundschafter hatten das Bauernheer ins Ungemessene vergrössert. Da sank den fünfhundert ihr Kriegerherz bis tiefin den Hosenboden, und aus Furcht und Entsetzen vor der blutigen Wildheit des-Bauerngrimmes, der alle Augenblicke aus dem Dunkel der Nacht über sie hereinbrechen konnte, wussten sie kaum vorwärts zu kommen. Doch näherten sie sich unbewusst dem feindlichen Lager, wussten es aber nicht und sahen auch nichts. Um sich jedoch zu orientieren, brannte der Stadtmeister eine der fünf Schlangen ab -und wasste dann kaum das Wunder zu fassen, das ihm da geschah.

g Wie ein höllischer Schrecken war der Donner in Traum und Schlaf der Baue: gefallen und hatte sie in eine dunkle und schreckhafte Wirklichkeit emporgerissen. Wild und verstört liefen sie durcheinander, warfen sich auch wohl nieder tund vergrubenden Kopf in Sand und Gras. Da plitzte auch schon der zweite. dritte, vierte und fünfte Schuss durch das Dunkel. Zwar gingen die Kugeln weit über die Bauernköpfe hinweg, aber sie genügten doch, um den dreitausend ihr bisschen Verstand zu nehmen. Sie versteckten und verkrochen sich hinter Heckel und Hohlwegen und liefen dann, was sie nur konnten. In wenigen Minuten war das ganze Bauernheer in alle Winde zerstoben. Die fünfhundert machten leichte und reiche Beute, aber nur etliche alte Bäuerlein zu Gefangenen, die nicht so

eilig hatten entfliehen können.

"So ward diese Szene aus dem grossen und blutigen Heldenspiel zu einer spasshaften Einlage, zu einer Komödie, die wie ein kurzes Lachen durch die Grausigkeiten des Bauernkrieges lief. Wilhelm Lennemann.

f SPD. Der gemeinsame Stammvater. * Ein Bündnis mit den Faschisten senfen Hitler dringende Notwendigkeit. Natürlich sollte es auf völkischer Grundlage geschaffen werden. Sendlinge fuhren von München nach Rom, um zu erkunden, ob Hitlers Idee dort Anklang finde. Nun gibt es aber in Italien keinen Antisemitismus; ja, viele Juden sind dort überzeugte Faschisten. Auf Weisung Mussolini empfing der Innenminister Da Finzi Hitlers Sendboten. Sie redeten gar viel von arischer Hochwertigkeit und von semitischer Minderwertigkeit, bis sie plötzlich vom Minister unterbrochen wurden: "Entschuldigen Sie, meine Herren, dass ich selbst dieser minderwertigen Hasse angehöre! Aber ich kach darüber nicht so traurig sein, wie Sie es vielleicht wünschen, denn nach nicht auffas sung dürften der Arier und der Semit ungefähr vom gleichen Affen abstammen." Da gaben die Sendboten Hitlers das Rennen auf.

i SPD. Nord und Süd. X Wegen Beleidigung der preussischen Staatsanwaltschaft kamein einem bayerischen Städtchen ein Redakteur vor Gericht. Er hatte gewagt, die Unparteilichkeit dieser Justizbehörde in Zweifel zu ziehen. Das Gericht ka zu dem Argebnis, den Angeklagten unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse freizusprechen. Ehe das Gericht den Sitzungssaal wieder betritt, um das Urteil zu verkünden, wendet sich einer der Schöffen an den Vorsitzenden mit der Frage: "Wär! denn dös net zu machen, Herr Amtsgerichtsrat, dass mir die Kost'n der preissischen Staatskasse aufhalsen?"

Preußischer Landtag

270.Sitzung.

SED. Berlin, ben 22 Januar 1932.

Der Preussische Landtag verabschiedet am Freitag zunächst den auf einen deutschnationalen Urantrag zurückgehenden Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931, wonach infolge Verzögerung der allgemeinen Bergpolizeiordnung die im Polizeiverwaltungsgesetz vorgesehene Frist für das Ausserkrafttreten der geltenden Bergpolizeiverordnungen um ein Jahrhinausgeschoben wird.

Das Haus setzt hierauf die allgemeine Aussprache über die Notverordnunger

und die dazu eingebrachten Anträge fort.

*Abg. Baumhoff (Ztr.) erklärt, die Notgesetzgebung mit ihren vielen Notver ordnungen sei für alle parteipolitischen Agitatoren und Strategen ein gefundenes Fressen. Man suche sich die drückendsten Bestimmungen aus den Notverordnungen heraus, serviere sie dem Volke und rufe dann aus: Da sehr ihr, was für unfähige Männer in den Regierungen sitzen. In der Rede des Abg. Steuer (Dnat) der u.a. behauptet habe, dass von der Reichsverfassung lediglich noch der Artikel 48 Geltung nabe, sei sehr viel eichterische Freiheit enthalten gewesen. De Redner betont, er habe den Eindruck, dass dem Artikel 122 der Reichsverfassung der besage, dass die Jugend vor geistiger Verwahrlosung zu schützen sei, sehr wenig Deachtung geschenkt werde. Denn, was heute an Verhetzung und Aufreizung

der Jugend geleistet werde, sei unerhört.

Abg. Schwarzhaupt (DVP) wirft der Regierung vor, alle Warnungen der Deutschen Volkspartei und ihre Sparvorschläge unberücksichtigt gelassen zu haben. Es habe erst die Sturmflut zusammenschlagen müssen, ehe energisch zugegriffen wurde. Die Regierung habe es versäumt, rechtzeitig Massnahmen zu treffen, um die Ausgaben mit der wirtschaftlichen Lage eines verarmten Volkes in Einklang zu bringen. Die rein schematischen organisatorischen Massnahmen seien falsch, man müsse organisch vorgehen. Eine unheilvolle Auswirkung der Sparverordnunger sei die Erschütterung des Rechtsbewusstseins unter der Beamtenschaft. Fast sämtliche Beamtenorganisationen lägen jetzt im gerichtlichen Streitverfahren mit dem Staat. Bei der Schliessung von pädagogischen Akademien habe die konfessionelle Imparität starken Widerspruch in den evangelischen Kreisen ausgelöst. Im Preussischen Innenministerium bestehe der Plan, weitgehende Verwaltungsmassnahmen durch Notverordnungen zu treffen, wobei überall das Bestreben hervortrete, die politischen Beamten zu entscheidenden Faktoren zu machen.

Abg. Dr. Hamburger (Soz) erklärt, die behauptung des Abg. Steuer, dass in die Notverordnung Bestimmungensaufgenommen worden seien, die mit der wirtschaftlichen Not nicht das gens ringste zu tun hätten, sei durchaus zutreffend. Auch die Sozialdemokraten hät-ten das schon gerügt. Die Notverordnungen seien von manchen Stellen zur Verwirklichung von Lieblingsideen benutzt worden. (Hört, hört! rechts). Es set " vollkommen unmöglich, die gegenwärtige Notverordnungspolitik auf etwaigen ? parteipolitischen Missbrauch zurückführen zu wollen. Der Gesetzentwurf zur Verkleinerung des Staatsrats, der Ersparnisse erzielen sollte, sei vom Staatsrat einstimmig abgelehnt worden. Aus diesem Beispiel könne man ersehen, wie schwierig es sei, die zuständigen Körperschaften zu schnellen Entschlüssen zu veranlassen, die zur Stützung der Staatsfinanzen nötig seien. In Preussen sei niemals eine generelle Senkung der Gehälter vorgenommen worden, wie in der Ländern, in denen die Deutschnationalen an der Regierung beteiligt sind. Ueberall habe man sogar stärker in die Rechte der Bevölkerung eingegriffen als in Preussen. Wenn die Rechte heute behaupte, sie nätte die Entwicklung der Dinge vorausgesehen, wie vereinbare es sich damit, dass Abg. Neumann-Frohnau im Mai 1930 die Vorlage eines Anleihegesetzes verlangt habe? (Lärm

und Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei.) Der Landtag habe die Regierung beiz wichtigen Gesetzesvorlagen im Stich gelassen, weil in dem entscheidenden Moment Obstruktion getrieben worden sei. Der Hauptteil des preussischen Finanz bedärfs bestehe in Beamtengehältern, die im Jahre 1927 aufgrund des Reichsegesetzes erhöht worden seien. In den Bestimmungen des Sparkommissars sehe die Sozialdemokratische Partei nicht ein Ende, sondern einen Anfang. In der jetzigen Wotzeit dürften keine überholten und überalterten Rechte mehr aufrecht erhalten bleiben.

Der Redner übt dann Kritik an den Ausführungen verschiedener deutschnationaler und nationalsozialistischer Redner in der Provinz, z.B. auf dem Deutschnationalen Parteitag in Stettin. Der Redner verlist eine Zeitungsmeldung, wonach Deutschnationale Geld und Einrichtungsgegenstände für das Braune Haus in Breslau gespendet hätten. (Zurufe: Hört, hört!) Ein deutschnationaler Führert nabe das bedauert. Die Harzburger Front scheine also doch nicht allzu fest zu sein. In einem nationalsozialistischen Blatt werde dieses Bedauern scharf kritisiert und heftige Drohungen wurden gegen die Deutschnationalen gerichtet. Man könme sich daher ausmalen, was dem deutschen Volke bevorstehen wurde, wenn solche Typen regieren würden. Herr von Ruhr (Dntl) habe das Gebäude der ein gegangenen Pommerschen Tagespost in Stettin an den Deutschen Gewerkschaftsbund verkauft; er habe bewiesen, dass er als Händler auch ein Held sein könne. Weiteren Aufträgen sehe der internationale Marxismus entgegen (Heiterkeit links.)

Abg. Biester (Dt.Hann.) betont, Deutschlands Bedarf müsse noch in ganz anderem Umfange von den Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft gedeckt werden. Deshalb dürfe man auch die landwirtschaftlichen Bildungsmöglichkeiten nicht verringern. Er äussert Bedenken gegen die Aufhebung der Kultur- und Wasserbauämter und sagt, dass der Abbau der evangelischen Pädagogischen Akademie in Hannover böses Blut gemacht habe. Die zweite Sparverordnung müsse auch deshalb beseitigt werden, weil sie zu stark in die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung eingreife.

Abg. Hostermann (Wirtschaftsp.) führt aus, das Mittel der Notverordnung seizein Vorzug für einen Staat, der in Notzeiten dadurch schnell Abhilfe schaffen könne. Auf der anderen Seite sei es aber bei dem augenblicklichen Charakter der Demokratie in Deutschland bedenklich, auf solche Weise Partei-wünsche befriedigen zu können. Der Reichskanzler sei bei seinen Notverordnungeninicht einen Schritt weitergegangen, als unbedingt nötig war. Ein grosser befreiender Entschluss sei nirgend gefasst worden. Die Reichsregierung müsse jetzt unter allen Umständen in der Reparationsfrage bei ihrem Nein verharren.

Abg. Riedel (Staatspartei) nimmt gegen die Ausführungen des deutschnationalen Redners am Vortage Stellung, die nichts mit Sachlichkeit zu tun gehabt hätten. Wenn man in so scharfer Form gegen die Notverordnungspolitik vorgehe, so sei zu fragen, ob denn nicht die Persönlichkeit des Reichspräsiedenten auch den Deutschnationalen dafür bürge, dass keine Notverordnung seine Genehmigung erhalte, deren Verfassungsmässigkeit nicht bis ins Ietzte nachgeprüft worden wäre. Im übrigen habe der Staatsgerichtshof ausdrücklich die Verfassungsmässigkeit jener Reichsnotverordnung anerkannt, auf der sich die preussischen Sparverordnungen aufbauten. Der landtag sei daher gar nicht inf der lage, die Verordnungen zu ändern oder gar zu beseitigen.

Abg. Dr. Nölting (Soz.)

legt der, dass hinter der gegenwärtigen Kulturnot, die mit Bezug auf den Abbau-am Schulwesen usw. in der Debatte eine so grosse Rolle spielte, die Wirtschaftsnot stehe. Mit blossen Klageliedern sei aber wenig getan. Es wirke sogar seltsam, wenn gerade diejenigen, nämlich die Rechtsparteien, ihre Lietanei an der Klagemauer sängen, die heute doch noch den Kurs der Wirtschaftspolitik bestimmten, jenen Kurs, der es dahin gebracht habe, dass der Kultur

Landtag Blatt 3

die nötigen Existenzbedingungen fehlen (Sehr wahr! b.d.Soz .- Widerspruch rechts), Es sel bemerkenswert, wie diese Leute so täten, als ob der Staat und nicht sie die Ursache der Kulturnot verschuldet hätten und wie sie infol= gedessen dabei wären, eine neue Dolchstoss=Legende zu schaffen (Sehr wahr! bei den Soz.) Jetzt erkläre man, die Sozialdemokraten seien Kulturvandalen und Banausen. Es wäre erwünscht, wenn wir in Deutschland, wo die Millionäre doch noch nicht ganz busgestorben seien, ähnlich wie in England und Amerika nochein privates Müzenatentum hätten,das Theater,Bibliotheken usw.unterhalten könnte. Das Bürgertum hätte sich auf diesem Gebiete leider immer sehr unemp= findlich gezeigt. Die Pädagogischen Akademien könne man leider nicht alle auf: recht erhalten; es sei aber erfreulicherweise gelungen, ein kopfloses Zer= schlagen der Pädagogischen Akademien zu vermeiden. Besonders schmerzlich emp= finde man den Abbau der Fachschulen. Beim gegenwärtigen Gang unserer Agrarpol: tik müsse man fragen, welchen weck die landwirtschaftlichen Forschungsinsti= tute noch haben, Besonders liege der Sozialdemokratie das Schicksal der Junglehrerschaft am Herzen. An den Universitäten müsse - auch angesichts der Vorgänge an der Berliner Universität - eine schärfere Disziplinargewalt einge= führt werden, damit nicht Wildwestzustände einreissen. Elemente, die die Hochschulen zur Aufführung von Indianertänzen missbrauchen, müssten die Hand des Staates zu spüren bekommen. Der Redner fordert eine planmässige Vereinfachung und Umbildung des Bildungswesens.

Abg. Weissermel (Dnat) übt Kritik an den einzelnen Bestimmungen der Not=verordnung. Die Reichsnotverordnung könne vor allem keine Rechte auf die Län=derregierungen übertragen, hier könnten nur Gesetze der einzelnen Länder in

Frage kommen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 10 Uhr vertagt. -Schluss 182 Uhr.